ISSN 0721-0752

Zeitschrift für Sozialökonomie

Gerhard Senft — **Jenseits der Hegemonie von Staat und Kapital** 3

Ekkehard Lindner — **Leitlinien marktwirtschaftlicher Entwicklungspolitik** 7

Georg Otto — **Ökologie und Ökonomie in Mittelamerika** 10

Werner Onken — **Indien zwischen Elitenwohlstand und Massenelend** 15

Matina Hämmerli und Bruno Jehle — **Zirkulation statt Kumulation – Ein Bonus-System für Entwicklungsprojekte** . . . 25

Personalien – Diskussion – Bücher – 34

Einladung 13. Mündener Gespräche 13

30. Jahrgang **96. Folge** **März 1993**

ISSN 0721-0752

Zeitschrift für Sozialökonomie

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:
Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit
in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke Verlag GmbH
Abt. Fachverlag für Sozialökonomie
Postfach 1320, D-2322 Lütjenburg
Telefon 04381-7012
Telefax 04381-7013

Bezugspreis:
Jahresabonnement DM 24,00 incl. MWSt. und Porto (Schüler, Auszubildende, Studenten und Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis DM 14,00 incl. MWSt. und Porto); *Zahlungen stets nach Erhalt einer Rechnung!*
Einzelheft: DM 7,50

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
– verantwortlich –
Steenkamp 7, D-2930 Varel 2
Telefon 04451-85714
Telefax 04451-85714

Redaktionsvertretung für Österreich:
Ernst Dorfner, Wallseestr. 45,
A-4020 Linz, Tel.: 0732/557962

Redaktionsvertretung für die Schweiz:
Hans Hoffmann, Bodenacker 30,
CH-3065 Bolligen, Tel.: 031/581888

Redaktionsschluß:
Ende des Quartals für die im folgenden Quartal erscheinende Ausgabe
Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.
Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.
Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

© Copyright by Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., Hamburg, Printed in Germany

„Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit"

1. Vorsitzender: Klaus Wulsten
2. Vorsitzender: Helmut Creutz

Geschäftsstelle:
c/o Rechtsanwalt Klaus Wulsten
Albrechtstr. 127, W-1000 Berlin 41

Die „Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit" wurde im Jahre 1973 gegründet.
Sie wurde als „gemeinnützig" anerkannt und hat ihren Sitz in Hamburg.

§2 ihrer Satzung lautet:
„Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in Bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

„Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender und Geschäftsführer: Ekkehard Lindner
2. Vorsitzender: Dirk Löhr

Geschäftsstelle:
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft,
Postfach 1550, D-3410 Northeim 1,
Tel.: 05503/3205 (19-22 Uhr)

Die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" hat zum Ziel, im Vorfeld der auch heute noch durch irrtümliche Theorien fehlgeleiteten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Erkenntnisse eine sachliche und grundlegende Klärung zu erreichen.

Sie bekennt sich zu den Grundsätzen
- der Respektierung der Menschenwürde,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft,
- der Völkerverständigung,
- des inneren und äußeren Friedens.

Vorwort

Liebe Leserin und lieber Leser,

nicht nur wegen des historischen Datums 1492 standen Entwicklungstheorie und -politik im Mittelpunkt der letzten „Mündener Gespräche" im Oktober 1992. Auch der Zusammenbruch des realen Sozialismus und das Ende der Ost-West-Konfrontation haben tiefgreifende Auswirkungen auf die sogenannte Dritte Welt – gibt es sie nach dem Ende der Zweiten Welt überhaupt noch? Staatsinterventionistische Entwicklungsleitbilder sind deshalb fragwürdig geworden – zumal wenn man frühere Hoffnungsträger wie Tansania an Südkorea oder Taiwan mißt. Die Entwicklungsdebatte wird jenseits der geistigen Blockbildung von Kapitalismus und realem Sozialismus wieder offen. Der Tenor während der letzten „Mündener Gespräche" lautete: Das kolonialistische Erbe ist nicht die einzige Ursache der Misere des Südens – Imperialismus und Dependenz sind nicht die einzigen Entwicklungshemmnisse. Die Staatseliten im Süden spielen eine höchst fragwürdige Rolle und die Befreiungsbewegungen handeln bei weitem nicht immer im Interesse ihrer Völker. Die Beiträge in diesem Heft wollen für die Neuorientierung der Entwicklungsdebatte Denkanstöße geben. Ekkehard Lindners „Leitlinien einer marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik" lösten eine leidenschaftliche Diskussion aus. Anschließend berichtete Georg Otto über seine Eindrücke einer längeren Reise nach Mittelamerika, wo das Resultat der sandinistischen Revolution die Notwendigkeit unterstreicht, den Entwicklungsbegriff neu zu definieren. Im Nachgang zu dieser Tagung sei hier die Aufmerksamkeit auf Indien gelenkt, wo kapitalistische und staatssozialistische Modernisierungen ebenfalls mißlungen sind. Könnte das Modell einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" für ein Land der Zweidrittelwelt wie Indien eine Perspektive eröffnen? Schon vor längerer Zeit gab es einen Versuch, dieses Modell in Indien bekannt zu machen. Er mißglückte, ist aber dennoch eine Dokumentation wert. Die dabei gemachten Erfahrungen sprechen nicht gegen die Wiederholung solcher Bestrebungen, doch mahnen sie, die damit verknüpften Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Nach mehrjähriger Entwicklungsarbeit in Indien haben die beiden Schweizer Matina Hämmerli und Bruno Jehle ein Konzept für ein regionales Pilotprojekt mit einem alternativen Geld entwickelt. Ihr „Bonus-System" wurde auf einer von 350 Personen besuchten Tagung diskutiert, die die Schweizer Sektion der „Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung" und die Zeitschrift „Zeit-Punkt" am 14. November 1992 in Aarau veranstalteten. Die Grundzüge dieses Konzepts möchten wir Ihnen in diesem Heft vorstellen.

Im Mai 1993 wird die Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg 100 Jahre alt. Zu ihren Wegbereitern gehörte Franz Oppenheimer, der vor 50 Jahren starb. An sein Leben und Werk wollen wir mit dem Beitrag von Gerhard Senft erinnern.

Ihre Redaktion

Human Development Report der UNO

„Viele arme Länder sind bereits an den Rand des Welthandelssystems gedrängt, vor allem Schwarzafrika und die am wenigsten entwickelten Länder. Der Anteil Schwarzafrikas am Welthandel hat sich auf ein Viertel des Anteils von 1960 reduziert. Der Weltmarkt findet inzwischen ohne die Armen statt. Kein Wunder, daß sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat. Das wohlhabende Fünftel der Weltbevölkerung verfügt heute über das 150-fache Einkommen des ärmsten Fünftels. Oder anders ausgedrückt: Mehr als eine Milliarde Menschen verdienen gerade mal 1,4% des Welteinkommens.

Der beschränkte und nicht gleichberechtigte Zugang zu den Finanz-, Handels- und Arbeitsmärkten der Welt kostet die Entwicklungsländer und deren arme Bevölkerungen jährlich 500 Milliarden US-Dollar. Das entspricht ungefähr dem Zehnfachen der jährlichen Entwicklungshilfe. Während sich EG-Europa auf einen gemeinsamen Markt ohne Zollschranken und mit einheitlichen Standards vorbereitet, haben Entwicklungsländer zu diesem Markt kaum Zugang. Genau in den Bereichen, in denen sich die armen Staaten des Südens Wettbewerbsvorteile geschaffen haben, etwa bei der arbeitsintensiven Fertigung von Textilien, Stoffen oder Schuhen, verhindern hohe Hürden, daß diese Produkte nach Europa gelangen. So liegen die Durchschnittszölle der EG auf Einfuhren aus Entwicklungsländern höher als auf Lieferungen aus Industriestaaten.

Noch nie war Kaffee so billig, noch nie haben Kakaopflanzer so wenig verdient wie heute. Die Deviseneinnahmen vieler Entwicklungsländer reichen selbst nicht mehr für den Schuldendienst. Mehr als 50 Milliarden Dollar müssen die Entwicklungsländer jährlich an Zinszahlungen und Tilgungen leisten. Seit Mitte der 80er Jahre fließen aus ihren Volkswirtschaften mehr Devisen ab, als sie von den Industrienationen an Kredithilfe erhalten ... Neben einer Öffnung der Märkte insbesondere für arbeitsintensive Exportprodukte aus Entwicklungsländern fordert das UN-Entwicklungsprogramm, global die Schulden der Entwicklungsländer zu streichen, um den Nettokapitaltransfer in Höhe von 50 Mrd. Dollar von Süd nach Nord zu stoppen. Er erinnert auch an die Idee einer Friedensdividende. Würden weltweit die Rüstungsausgaben tatsächlich verringert, könnten innerhalb der nächsten acht Jahre 1,5 Billionen Dollar für Entwicklungsaufgaben bereitstehen."

Holger Baum, Den Preis zahlen die Armen,
in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 17/1992

Gerhard Senft

Jenseits der Hegemonie von Staat und Kapital

Franz Oppenheimer (1864-1943) und der Liberale Sozialismus

1 Prologus

Die rassistische Auslöschungspolitik des NS-Regimes hat auch im Fall des deutschen Wirtschaftswissenschaftlers *Franz Oppenheimer* „gründliche Arbeit" vollbracht. Der noch in der späten Zwischenkriegszeit bedeutende und hoch geschätzte Ökonom, Soziologe und Wirtschaftshistoriker *Oppenheimer* war nach 1945 ein weitgehend Vergessener. Erst die Post-68er-Generation hat bei ihrer Suche nach einem „Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus einiges von seinem verschütteten Gedankengut wieder ans Tageslicht gebracht. Als nahezu sensationell zu bewerten ist die punktuelle Wiederentdeckung *Oppenheimers* in Osteuropa in den 80er Jahren.[1] Jedoch war der Versuch, den „real existierenden Sozialismus" (oder was immer auch das für ein System gewesen sein mag) mittels Einbau freiheitlicher Komponenten à la *Oppenheimer* zu retten, eindeutig zu spät angesetzt ...

Franz Oppenheimer kam 1864 als Sohn eines Rabbiners der jüdischen Reformgemeinde in Berlin zur Welt. Das Elternhaus – noch stark geprägt vom Revolutionsjahr 1848 – galt als ausgesprochen liberal und zudem als „antimammonistisch"[2] Die nach seinem Medizinstudium aufgenommene mehrjährige Arzttätigkeit in den Berliner Elendsvierteln und im Osten Preußens lenkte *Oppenheimers* Augenmerk bald verstärkt auf soziale Fragestellungen. Zahlreiche Kontakte zu den Mitgliedern des *„Ethischen Clubs"*, in dem vorwiegend Berliner Bohème verkehrte (u.a. *Mühsam, John Henry Mackay, Bruno Wille*), erschlossen ihm den Sozialismus. *Oppenheimer* trat allerdings nicht der Sozialdemokratie bei; seine Bezugsgruppe blieben die 1891 aus der SPD ausgeschlossenen „Anarchosozialisten".[3]

In seiner weiteren Auseinandersetzung mit der sozialen Frage begann *Oppenheimer* nach und nach ein eigenes Theoriegebäude zu entwerfen, das er auf ein breites Fundament zu stellen versuchte: Das Spektrum der von ihm zitierten Werke reicht von einer revidierten Version der Marxschen Mehrwertlehre über *Proudhons* Genossenschaftskonzept bis zu *Theodor Hertzkas* Freilandmodell. Seinen zentralen Angriffspunkt sieht *Oppenheimer* in der – durch das Großgrundeigentum verursachten – *„Bodensperre"*, die für ihn die Ursache aller sozialen Defekte darstellt. Sein agrarreformerischer Denkansatz führte ihn zu seinem bekannten Vorschlag der *„inneren Kolonisation"*, d.h. Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden sowie Aufteilung des Großgrundbesitzes an Arbeitsproduktions-Genossenschaften.

Nach Beendigung seiner Arztpraxis verlegte sich *Oppenheimer* auf den publizistischen Sektor. Es entstand eine Fülle an Schriften, die ihm zu einem Ruf als Fachmann in Siedlungsfragen verhalfen. Aus seinen Anregungen in der Berliner Freilandgruppe resultierten einige wesentliche Projekte, z.B. die Baugenossenschaft *„Freie Scholle"*. Auch der sich erst formierenden zionistischen Bewegung trat *Oppenheimer* als Berater zur Seite.

Zur Vertiefung seines theoretischen Wissens begann *Oppenheimer* noch als 34-jähriger das Studium der Nationalökonomie. Seine Habilitation im Jahre 1909 brachte ihm eine Anstellung als Dozent an der Universität Berlin.

Knapp vor Ausbruch des ersten Weltkrieges unternahm *Franz Oppenheimer* eine Reise in die USA. Dort traf er u.a. auch mit Vertretern der *„Industrial Workers of the World"* (IWW) zusammen. Die Zeit des Weltkrieges verbrachte er in einer öffentlichen Position im deutschen Versorgungswesen.

1919 erfolgte die Berufung *Oppenheimers* an den Lehrstuhl für Soziologie an der Universi-

tät Frankfurt. Auch hier fand er eine treue Anhängerschaft. *Erich Preiser* erinnert sich: *„So ging, wer kritisch war, zu Oppenheimer."* Im Jahr 1929 emeritierte *Franz Oppenheimer.*

Die in Deutschland hereinbrechende NS-Herrschaft bedeutete für *Oppenheimer* eine erhebliche Gefahr. Erst wurden ihm seine Ruhebezüge aberkannt, dann begann man seine Druckwerke einzustampfen. Nur seine internationale Reputation als Wissenschaftler rettete ihn einige Zeit vor dem direkten Zugriff der Nazi-Schergen. Jedoch 1938 – nach der Reichskristallnacht – war auch er gezwungen, Deutschland rasch zu verlassen. Über Japan und China gelangte *Oppenheimer* schließlich in die USA, wo er sich nochmals zu etablieren suchte. Im Herbst 1941 gründete er die renommierte Fachzeitschrift *„The American Journal of Economics and Sociology"*. Trotz angeschlagener Gesundheit sowie extrem ungünstiger wirtschaftlicher Bedingungen blieb *Oppenheimer* bis zu seinem Tod am 30. September 1943 als Wissenschaftler voll aktiv.

2 Das ökonomische System des Liberalen Sozialismus

2.1 Die Wurzeln der Lehre Oppenheimers

Das ausgehende 19. Jahrhundert war reich an Theorien, die sich mit der sozialen Frage auseinandersetzten. Entsprechend facettenreich gestalteten sich auch die Grundlagen von Theorie und Programm *Franz Oppenheimers:* Sein Denken ist unverkennbar von Naturrecht und Aufklärung geprägt. Als geistiger Anknüpfungspunkt gilt die Geschichtsphilosophie *Claude Saint-Simons;* in wirtschaftstheoretischer Hinsicht beruft er sich auf die Physiokraten ebenso wie auf die klassischen Ökonomen; bei letzteren besonders auf *Karl Marx,* ohne jedoch dessen industriezentrischen Standpunkt einzunehmen. Seine programmatischen Vorschläge bezieht *Oppenheimer* aus den Bodenreformideen sowie der Genossenschaftslehre.

Liberalismus und Sozialismus treten bei dem unorthodoxen Denker nicht als Gegensätze auf, sondern sind aufs innigste miteinander verbunden. *Oppenheimer: „Mir erscheint der echte Liberalismus, der keiner Klasse, sondern der Menschheit dient, soweit sie an Recht und Freiheit eingeschränkt ist, als identisch mit dem Sozialismus."* [5]

2.2 Der Theorieansatz Oppenheimers

Den Kern der Ausführungen *Oppenheimers* bildet eine agrozentrische Mehrwerttheorie: Durch die Institution des Privateigentums an Grund und Boden werde eine Bodensperre und damit ein Bodenmonopol erzeugt. *„Während von Natur aus genug Boden vorhanden sei, um jedem, der danach verlangt, die zur selbständigen Existenz nötige Bodenfläche zur Verfügung zu stellen, sei es infolge der Bodensperre unmöglich, eine solche Bodenfläche zu bekommen. Deshalb müßten die Arbeiter in einen Arbeitsvertrag willigen, der sie zur Entrichtung eines Monopoltributs zwinge, den die Kapitalistenklasse als Profit (= Mehrwert) einstreiche. Dies geschehe zuerst bei dem Arbeitsvertrag zwischen agrarischen Kapitalisten und dem Landproletarier. Da sich aber infolge der Wanderung vom Lande in die Industriebezirke das Lohnniveau zwischen den beiden Produktionszweigen auszugleichen strebe, werde auch der industrielle Lohn zu einem solchen „Monopollohn" herabgerückt, und der industrielle Kapitalist beziehe so in gleicher Weise Profit wie der agrarische."* [6]

Aus dieser Betrachtungsweise leitet *Oppenheimer* seine Folgerungen ab: Mit der Abschaffung des Grundeigentums auf evolutionärem, sozialreformerischen Wege – mit der Schaffung von Siedlungsgenossenschaften auf sogenanntem Freiland – werde das Überangebot auf dem Arbeitsmarkt nachlassen; in einem System des freien Wettbewerbs käme damit der Mehrwert unter den Arbeitern zur Verteilung, d. h. das soziale Elend würde endlich beseitigt.

2.3 Die Sozialexperimente

Franz Oppenheimer beschäftigte sich auch praktisch mit dem Konzept der Siedlungsgenossenschaft, in dem er den archimedischen Punkt zur endgültigen Überwindung des Kapitalismus erblickt zu haben glaubte. Die Liste der durchwegs beachtlichen Experimente *Oppenheimers* muß hier unvollständig bleiben:

Bereits 1893 beteiligte er sich tatkräftig am Gründungsprozeß der Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg/Berlin. 1905 folgte auf seine Initiative die Gründung einer Kolonie bei Eisenach – ein Unternehmen, das wegen der schlechten Bodenbeschaffenheit relativ bald aufgegeben werden mußte. Erfolgreicher gestaltete sich hingegen das Projekt der Siedlungsgenossenschaft Bärenklau bei Velten in der Mark.

Oppenheimer übte auch großen Einfluß auf die zionistische Bewegung aus, in deren Konstituierungsphase er leitender Volkswirt war. Am 6. Zionistenkongreß 1903 in Basel wurde eine Palästinakommission eingerichtet, die *„die Möglichkeit einer systematisch durchgeführten Großkolonisation nach dem Plane von Oppenheimer zu untersuchen hatte."* [7] Kurze Zeit später begann der jüdische Nationalfond in Palästina Land zu erwerben. Viele der damals entstandenen Kibbutzims und Moshavims erfreuen sich bis dato eines lebendigen Daseins. Im Jahre 1910 reiste *Oppenheimer* selbst nach Palästina, um die Gründung des Kibbutz Merchawina vorzubereiten. *Oppenheimer* zog sich allerdings schon 1913 aus der zionistischen Bewegung zurück. Er, der immer für ein *„brüderliches Verhältnis zu den Arabern"* [8] eingetreten war, mußte seine diesbezüglichen Hoffnungen sehr bald dahinschwinden sehen ...

Im übrigen fanden *Oppenheimers* Ideen im Spektrum politischer Splittergruppen noch eine gewisse Resonanz. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der *„Internationale Sozialistische Kampfbund"* (ISK), der sein wirtschaftspolitisches Programm getreu den Richtlinien des Meisters ausrichtete. Der ISK, der aus einer Absplitterung der SPD hervorgegangen war, spielte seine bedeutendste Rolle im Widerstand gegen das NS-Regime.

Ablehnung hingegen fanden *Oppenheimers* Theorien innerhalb der Sozialdemokratie; hier sowohl bei den orthodoxen Marxisten als auch bei der revisionistischen Strömung.

3 Resümee

Eine einheitliche *Oppenheimer*-Schule besteht gegenwärtig nicht. Heute berufen sich sowohl Befürworter als auch Kritiker der sogenannten „Marktwirtschaft" auf ihn.[9] Im zeitgenössischen Wissenschaftsdiskurs werden die theoretischen und wirtschaftspolitischen Ansätze *Oppenheimers* nicht selten als fragwürdig und anachronistisch hingestellt. Jedoch gilt, daß sein agrozentrischer Ausgangspunkt für fast alle Länder der Dritten Welt noch immer wertvolle Anregungen bietet. Auch in der Ökologiediskussion könnten seine Vorstellungen hinsichtlich der „Bewahrung des Bodens" noch eine wesentliche Rolle spielen.

Die besondere Bedeutung *Franz Oppenheimers* liegt darin, daß er – bei Anerkennung der Summe seiner theoretischen und praktischen Beiträge – als der erfolgreichste Impulsgeber zur Verwirklichung des Gedankens wirtschaftlicher Selbsthilfe betrachtet werden kann.

Viele Elemente seiner Weltanschauung rücken ihn in die unmittelbare Nähe der Libertären; so etwa sein Menschenbild: *„Der Mensch ist nicht gut und nicht böse, er folgt dem Gesetz des geringsten Widerstandes. Je nachdem die Verhältnisse sind, benimmt er sich anständig oder unanständig; Macht wird immer mißbraucht: Darum soll man nicht versuchen, die Menschen zu bessern, sondern soll die Verhältnisse ändern, soll Macht ausrotten."* [10]

In diesem Zusammenhang erscheint auch *Oppenheimers* Staatstheorie hervorhebenswert, die er seiner ökonomischen Theorie vorausschickt: Der Staat, entstanden aus Eroberung, gegründet auf Gewalt, ist *das* politische Mittel, das dem Sieger erlaube, den Besiegten auszubeuten. Der Staat existiert bei ihm also nicht nur als der Hüter des Gesetzes, er sieht ihn auch als den ursprünglichen Hüter der Sklaverei und des Monopols.

Sein kompromißloser Föderalismus, der von einem (nationalistischen) Separatismus ebenso entfernt ist, wie vom absoluten Zentralismus, macht *Franz Oppenheimer* zu einem wichtigen Wegbereiter einer freien Gesellschaft. Er sah diese Soćieté ausschließlich als genossenschaftliche Gesellschaft, als Gegenbild des Staates, den er als Machtinstrument erkannte.

Anmerkungen

1 Csikos-Nagy, Bela: Sozialistische Marktwirtschaft (Wien 1988) S. 6f

2 Oppenheimer, Franz: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen (Düsseldorf 1964) S. 69

3 Oppenheimer, F. 1964 S. 154

4 Preiser, Erich: Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten (München 1970) S. 180

5 Oppenheimer, Franz: Theorie der reinen und politischen Ökonomie (Berlin-Leipzig 1919) S. X

6 Werner, Kurt: Oppenheimers System des liberalen Sozialismus (Jena 1928) S. 67

7 Heller, Joseph: Geschichte des Zionismus (Berlin 1935) S. 59

8 Oppenheimer, F. 1964 S. 214

9 Zu den prominentesten Oppenheimer-Schülern zählen der deutsche Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard und der Nationalökonom Adolph Loewe.

10 Oppenheimer, F. 1964 S. 106

Literatur

Alle wesentlichen Schriften Franz Oppenheimers finden sich gesammmelt in seinem 9-bändigen Werk „System der Soziologie" (Jena 1922-1935)

Brunner, Paul: Herr Oppenheimer, der marxistische Bourgeois, in: Der Kampf 6, Wien 1.8.1913, Nr. 11, S. 499-506

Csikos-Nagy, Bela: Sozialistische Marktwirtschaft (Wien 1988)

Heller, Josef: Geschichte des Zionismus (Berlin 1935)

Link, Werner: Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK) (Meisenheim/Glan 1964)

Linse, Ulrich: Zurück, o Mensch zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933 (München 1983)

Loewe, Adolph: Politische Ökonomik (Königstein 1984)

Oppenheimer, Franz:
– Theorie der reinen und politischen Ökonomie [4. Auflage] (Berlin/Leipzig 1919)
– Weder Kapitalismus noch Kommunismus (Jena 1932)
– Der Staat. Eine soziologische Studie (Berlin 1990)
– Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen
Mit einem Vorwort vom Oppenheimer-Schüler Ludwig Erhard (Düsseldorf 1964)

Preiser, Erich: Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten (München 1970)

Senft, Gerhard: Wirtschaftsassoziationen in Israel. Ursprung, Entwicklung und aktuelle Lage (unveröffentlichtes Manuskript, Tel Aviv – Wien 1985)

Souchy, Augustin: Reisen durch die Kibbutzim (Reutlingen 1984)

Werner, Kurt: Oppenheimers System des liberalen Sozialismus (Jena 1928)

Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung (München 1989)

Zimmermann, L.U.: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre (Köln 1954)

Philippinen

„Nirgendwo in Südostasien sind die Ländereien so groß, sind die Großgrundbesitzer so mächtig wie auf den Philippinen. Und nirgendwo wird dies so deutlich wie auf der Zuckerinsel Negros. 18 Familien beherrschen diese Insel. Wer gegen ihre Herrschaft aufbegehrt, sieht sich ihren Privatarmeen oder dem Militär gegenüber. Fast drei Viertel aller Parlamentsabgeordneten im fernen Manila sind dem Großgrundbesitz verbunden ... Es sind nicht nur die ungleichen Besitzverhältnisse, die die Not bei den Bauern so sehr verschärfen. Hinzu kommt das starke Bevölkerungswachstum. 1945 zählten die Philippinen 20 Millionen Einwohner. Heute sind es bereits mehr als 60 Millionen. Und in wenigen Jahren werden es über 100 Millionen Menschen sein. In der überwiegend gebirgigen Landschaft der Philippinen ist bestenfalls ein Drittel der Fläche landwirtschaftlich nutzbar. Und was nutzbar ist, wird mittlerweile auch genutzt. Also drängen immer mehr Menschen in die Städte, allein nach Manila jährlich mehr als 300000."

aus: Das Parlament Nr. 13/1992, S. 17

Ekkehard Lindner

Leitlinien marktwirtschaftlicher Entwicklungspolitik*

1. Gegenwärtige *Entwicklungshilfe* (EH) fördert die Nachahmung westlicher Modernitäts-Leitbilder. Das hat in den Entwicklungsländern (EL) hohe Erwartungen geweckt. Man kann jedoch nicht die materiellen und technischen Errungenschaften der westlichen Zivilisation verlangen und gleichzeitig den geistigen Hintergrund vernachlässigen oder gar ablehnen, dem diese Leistungen entspringen. Die EL brauchen ein ihrem Entwicklungsstand gemäßes Selbstbewußtsein und eine demokratische Legitimierung ihrer selbstbestimmten Entwicklungsziele. Gesunde Entwicklung wird – nach *Hegel* – durch dasjenige gesetzt, was schon vorhanden ist.

2. Die *Solidarität* mit den EL muß die Forderung nach mehr Leistungsbereitschaft und Verzicht auf eine Almosenmentalität mit einschließen. Die Marktwirtschaft kennt keine „Verteilungsgerechtigkeit", sondern nur Gleichheit der Startchancen mit der Forderung nach Leistungsgerechtigkeit. *„Die beste Sozialpolitik kann zu keinem befriedigenden Erfolg führen, wenn die Produktivität der menschlichen Arbeit gering ist. Die Herstellung eines funktionsfähigen Systems zur Lenkung der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise ist daher die wichtigste Voraussetzung für die Lösung aller sozialen Probleme" (Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik,* München 1965, S. 180).

3. Bei der *Suche nach Schuldigen* sind viele EL eifriger als bei der Selbstkritik. 500 Jahre Landraub und Ausbeutung in Lateinamerika und millionenfacher Sklavenraub in Afrika sind historische Fakten. Fraglich scheint, ob die Klagen und Selbstanklagen Sinn machen. Schuldgefühle auf der einen nähren Erwartungshaltungen auf der anderen Seite, belasten die Kommunikation und stehen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Wege. Versöhnung bedarf der Anerkennung bestehender Gegensätze zwischen Norden und Süden, was selbstkritische Einschätzung auf beiden Seiten erfordert. – Der „hausgemachte" Aufstieg von Staaten wie Singapur oder Taiwan und der gleichfalls „hausgemachte" Abstieg des einst so reichen Argentinien zeigt, daß die Entwicklung nicht so sehr vom Umfang der Hilfe, sondern primär von den Leistungen der Regierungen abhängt (nach *Helmut Schmidt* in FAZ v. 18.04.1992).

4. EH hat sich auf Projekt-Hilfe – *„System-Management"* – zu konzentrieren mit der Zielsetzung *„Hilfe zur Selbsthilfe"*. Arbeitsintensive Investitionen sind kapitalintensiven vorzuziehen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte kein Projekt ohne Eigenleistungen des Nutznießers der Hilfe, seien es Geld-, Sach- oder Arbeitsleistungen, begonnen werden. Die Eigenleistungen sind sukzessive zu erhöhen. Dabei ist unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten kosten- und ressourcensparend zu planen. Kredite sind bei sofortiger Tilgungsmöglichkeit angemessen zu verzinsen. Das Geld muß zur Bildung eines Kapitalstocks im Land verbleiben (vgl. ERP). Budget-Hilfen als verlorene Zuschüsse aus EH-Geldern sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

5. Die bisherige *Entwicklungspraxis* „Viel hilft viel" ist ohne Erfolg geblieben. Vergleicht man damit die Entwicklung der europäischen Industriestaaten im 19. Jahrhundert, so waren Geld und Güter nicht die Voraussetzung, sondern die Folge wirtschaftlicher Anstrengungen: harte Arbeit, Erfindungsreichtum, Sparsamkeit. Nicht weil sie ausgenutzt wurden, sind die EL schwach geworden, sondern sie wurden ausgenutzt, weil sie schwach waren.

* Vortrag im Rahmen der 12. Mündener Gespräche am 17.10.1992 in Hann.-Münden.

Die Bevölkerung in vielen EL zeigt mentale und psychokulturelle Defizite nach den Kriterien einer Industriekultur. Deshalb sind die Menschen nicht „besser" oder „schlechter", sondern nur „gleichberechtigt anders". Dem angepaßt wird auch der Entwicklungsstandard in den EL im Vergleich mit den Industriestaaten „anders" sein müssen.

6. Eine angepaßte industrielle Entwicklung in den EL ist nur möglich, wenn die *Landwirtschaft* diese Entwicklung trägt, indem sie Ressourcen für den Aufbau der nichtagrarischen Wirtschaftsbereiche bereitstellt. Flankierend dazu ist die Förderung privater gewerblicher Klein- und Kleinstunternehmen, von Produktions- und Absatzgenossenschaften sowie von Spar- und Darlehenskassen unabdingbar. Außerdem ist technologische Autonomie auch auf niedriger Stufe nützlich: Z.B. Handpumpen anstatt Motorpumpen, im Land produziert mit verfügbaren Ersatzteilen. – Bisher gelangten nur 5-10% der Hilfsgelder an die Dorf-Armut.

7. Die EH darf nicht zur Überlebenshilfe für die Verteidiger planwirtschaftlicher Wirtschaftsstrukturen werden. Die *Marktwirtschaft* garantiert bei entsprechenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen eine effiziente Lösung des Knappheitsproblems. Wenn sich eine Unternehmerschicht rasch bilden soll, müssen Leistungs- und Risikobereitschaft ausreichend belohnt werden. Das bedeutet für die meisten EL Abbau des relativ hohen staatlichen Interventionsgrades. Flankierend dazu ist die Währungspolitik marktwirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen: Inflationsabbau, Wechselkursfreigabe, Kapitalbildung. Zwischenstaatliche Wirtschaftsgemeinschaften (Freihandelszonen), Liberalisierung des Außenhandels sollten – als Gegengewicht zum Protektionismus der Industrieländer – der Förderung des innerkontinentalen Handels dienen.

8. Marktwirtschaftliche Strukturen bedürfen als gesellschaftspolitische Entsprechung der *Demokratie*. Um beständig zu sein und sich nicht im Formalen zu erschöpfen, muß Demokratie von unten wachsen. Die bestehenden demokratischen Strukturen etwa in den Dörfern Schwarz-Afrikas (Ältestenräte) fördern durch unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an Gemeinschaftsaufgaben das Kennenlernen demokratischer Handlungsabläufe auf lokaler Ebene. Daran ist anzuknüpfen. Das Bildungswesen hat durch „rurale Bildung" das Dorf als Keimzelle der Demokratie zu fördern. Tribalismus und Nepotismus sind durch föderalistische Ordnungsformen und die Anerkennung eines ethnischen Pluralismus zu neutralisieren.

9. Die zum Teil aussichtslose wirtschaftliche Situation in den EL verlangt einen neuen Blick auf die *Armut*. *„Armut, wohlverstanden und richtig gelebt, kann und muß der Reichtum der Menschheit sein" (Dom Helder Camara)*. Armut ist von Elend abzugrenzen. Der Stolz und das Selbstwertgefühl der Armut muß wieder gegen die soziokulturell verheerende und durch westliche „Barmherzigkeit" verschuldete Almosenmentalität behauptet werden. Nach *Proudhon* ist Armut ein Quell der Wahrheit und der Freude. Almosen lösen weder Probleme noch können sie Systeme korrigieren. Mit der Armut als tragfähiger Basis lassen sich auch zukunftsträchtige Entwicklungspartnerschaften begründen.

10. Schulden wachsen zur *Verschuldung* und führen in die Schuldenkrise, wenn das geliehene Kapital konsumiert und nicht produktiv investiert wird. Zinsen- und Schuldenerlaß können die Krisensituation entschärfen, beseitigen aber nicht die Ursache der Schuldenkrise. Zukünftige Kreditwürdigkeit ist von der Rückzahlung der Schulden abhängig. – Sieben Krisenursachen lassen sich unterscheiden, die in jedem EL anders kombiniert auftreten (vgl. *Peter Körner u. a., Im Teufelskreis der Verschuldung*, Hamburg 1984, S. 49): 1. binnenorientierte Industriepolitik, 2. vernachlässigte Agrarentwicklung, 3. versäumte Exportdiversifizierung, 4. verschuldungsträchtige Sozialreformen, 5. „Kleptokratie", 6. Entwicklungsgigantomanie, 7. Militarisierung.

11. Die Auflagen des *IWF* sind notwendigerweise rigoros, weil der Abbau der Verschul-

dung deren Ursachen beseitigen muß. Das bedeutet Transformation der Marktwirtschaft und eines adäquaten ordnungspolitischen Umfeldes zur Freisetzung der Selbstheilungskräfte. Im Rahmen seiner Auflagenpolitik werden vom IWF angemahnt: Rückführung der Budgetdefizite und des Staatskonsums, Inflationsbekämpfung, Abkehr von künstlich hochgehaltenen Wechselkursen, Einschränkung der Subventionierung des Grundbedarfs, Erweiterung der Produktions- und Exportpalette, funktionsfähige Kapitalmärkte, Privatisierung staatseigener Unternehmen, Verwendungskontrolle der Kapitalimporte. Ziel ist ein günstiges Investitionsklima, Ermunterung eines freien Unternehmertums, Rückführung staatlicher Interventionen, Wettbewerbsförderung, inländische Kapitalbildung, höhere Kapitalproduktivität, Rückfluß des privaten Flucht-Kapitals (für alle EL geschätzt auf 350 Mrd. $), Abbau der Leistungsbilanzdefizite.

12. Die Schuldenkrise in den EL erweist sich zunehmend als eine *Krise des Geldes*. Industrie- und EL unterscheiden sich hinsichtlich der Akzeptanz ihrer Währungen. Eine Inflation z.B. ist nicht allein beklagenswert, weil die Preise steigen, sondern weil die Funktionstüchtigkeit des Geldes eingeschränkt ist. So ist auch die Inflation nicht Konsequenz der Verschuldung, sondern die Verschuldungskrise reflektiert vielmehr die monetäre Krise. Die Funktionsuntüchtigkeit des nationalen Geldes hat zur Folge die staatlich-administrative Steuerung eines Teils der Ökonomie. Gelingt einem EL nicht die Etablierung einer kaufkraftbeständigen Währung, dann bezahlt sich die Entwicklung nicht selbst, sondern muß von außen bezahlt werden. Ein kaufkraftbeständiges Geld braucht als Basis einen effizienten Produktionsapparat, und Kern einer erfolgreichen Investitionsstrategie ist die Kaufkraftbeständigkeit der nationalen Währung. – Der Zufluß südamerikanischer Edelmetalle nach Spanien erhöhte dort zwar die Preise (Inflation), aber nicht die Produktion. Die Spanier hofften, sich ohne Arbeit zu bereichern. Im Handel mit dem produktiveren England ging der „Reichtum" wieder verloren. (Vgl. *Ralf Schröder, Mexiko – Entwicklung und Krise aus monetär-keynesianischer Sicht,* Marburg 1992.)

13. Fragen des *Bodenrechts,* der Besitzverhältnisse am Boden, sind für die EL nicht nur Fragen der Produktionssteigerung, sondern auch Teil der sozialen Frage. Laufende Bestrebungen, Pachtverhältnisse zugunsten des Eigentumserwerbs einzuschränken, hatten nicht den beabsichtigten Erfolg. Produktionsanreiz liegt nicht allein in der Eigentümeridentität, sondern auch im Leistungsstreben, das insbesondere durch freie Preisbildung für Agrarerzeugnisse gefördert werden kann und durch Abschöpfung und Kommunalisierung der Bodenrente, die nicht in den Besitz von Privaten gehört. Das afrikanische Modell des kommunalen Bodenbesitzes – in dem die Stellung der afrikanischen Frau durch ihr Anrecht auf Boden tief verwurzelt ist – und der individuellen bzw. familialen Nutzung bedarf der Ergänzung durch Abschöpfung der Bodenrente über den Weg einer Nutzungs- bzw. Wertsteigerungsabgabe.

14. Für die Einführung der *freiwirtschaftlichen Geldreform* und die Entwicklung ihrer Innovationskraft sind Voraussetzungen zu schaffen, die fast in keinem EL gegeben sind: tragfähige demokratische Strukturen, die die Einübung von Verhaltensweisen wie Konfliktfähigkeit, Dialogbereitschaft und Kompromißwille begünstigen; freie Konvertierbarkeit der Landeswährung und Rückführung der Inflationierung auf zumindest eine Stelle vor dem Komma; marktwirtschaftliche Wirtschaftsstrukturen durch Privatisierung der Produktion und Liberalisierung des Binnen- und Außenhandels usw.

Da es empirisch – noch – nicht erwiesen ist, ob das *„Freigeld"* als *„neutrales Geld" (Dieter Suhr)* auch ein politisch neutrales Medium ist und nicht *„vermachtet"* werden kann, muß die Geldreform demokratisch legitimiert werden. Ein für die Freiheit intervenierender Rechtsstaat ist unabdingbar. (Immerhin hat der Erzbischof *Wichmann* von Magdeburg im 12. Jahrhundert die Geldumtauschgebühr dazu benutzt, seine Kriege zu finanzieren.)

Georg Otto

Ökologie und Ökonomie in Mittelamerika*

In den mittelamerikanischen Ländern schreitet die Naturzerstörung in einem großen Tempo fort. Sie ist bedingt durch die besonderen Formen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sich dort herausgebildet haben. Diese wiederum werden von den allgemeinen Kapitalbeziehungen in den mittelamerikanischen Ländern selbst sowie von den Beziehungen zwischen ihnen und den Industriestaaten geprägt. Seit der Eroberung durch die Spanier hat sich dort eine scharfe Klassenspaltung in Großgrundbesitzer und landlose Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern, die von Großgrundbesitzern abhängig sind, entwickelt. Der Boden, das ursprüngliche Kapital, befindet sich in der Hand einer zahlenmäßig sehr kleinen Oberschicht. Bereits im vorigen Jahrhundert und verstärkt nach dem zweiten Weltkrieg wurden diese Länder zu Lieferanten von Agrargrundstoffen und Rohstoffen für die Industriestaaten, vor allem für Nordamerika. Als Folge des Mißverhältnisses zwischen Rohstoffpreisen und den Preisen für Erzeugnisse der Industriestaaten öffnete sich eine Finanzierungslücke, die durch ständig steigende Verschuldung ‚geschlossen' wird.

Die besonderen Produktionsformen des Kapitalismus in seiner vorwiegend feudalen Form sind in Mittelamerika zum einen von den Naturbedingungen abhängig. Zum anderen werden sie diktiert von den Bedürfnissen des riesigen, direkt vor der Haustür liegenden US-Marktes. Die Bedürfnisse der mittelamerikanischen Völker spielen dabei nur insofern eine Rolle, als sie in dem Interessendreieck Großgrundbesitzer – US-Markt – Landarbeiter/Pächter/Kleinbauern als Arbeitskräfte gebraucht werden.

Trotz des starken Bevölkerungswachstums von ca. 3 % im Jahr hat Mittelamerika noch eine relativ geringe Bevölkerungsdichte. Bei ursprünglich großen Waldbeständen und ausreichenden Niederschlägen bestanden gute Voraussetzungen für eine ausreichende, von Armut freie Versorgung der Völker. Wenn dennoch der größte Teil der Völker in Honduras und Guatemala, Nicaragua und Panama in zunehmender Verarmung lebt, so liegt dies an der Aneignung des über die unmittelbaren Existenzbedürfnisse hinausgehenden Arbeitsertrags der Völker durch einheimische Großgrundbesitzer, durch das Handelskapital und ausländische Konzerne. Und wenn es immer schwieriger wird, selbst den schlechten Lebensstandard dieser Völker zu sichern, so liegt dies auch an den ökologischen Folgen der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft dieser Region auf den US-Markt: Baumwolle, Zucker, Fleisch, Kaffee, Bananen und Früchte, Holz für den Export statt Bohnen, Mais und Reis in ausreichendem Umfang für die eigenen Völker. Dafür mußte die Region ihren Naturreichtum opfern: die Wälder und mit ihnen ausreichende und gut verteilte Niederschläge und die Bodenfruchtbarkeit. Costa Rica zum Beispiel hatte noch 1940 eine geschlossene Walddecke von 75 % der Fläche des Landes – heute sind 75 % unbewaldet. Und in Nicaragua frißt sich die Agrarfront immer tiefer in die Bergwälder im Nordosten. Urwald gibt es nur noch an der nördlichen Atlantikküste; und er ist von taiwanesischen Investoren bedroht. Die Unterwerfung der Wirtschaft unter die Exportbedürfnisse hatte auch verheerende soziale Folgen. In Nicaragua mußten Wälder und Kleinbauern, die die eigene Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln versorgten, Platz machen für riesige eingezäunte Viehweiden und Baumwollfelder, für die nur wenige Landarbeiter gebraucht werden. Lediglich in der Erntezeit werden Saisonarbeiter noch in Honduras, Guatemala, auf den Zuckerinseln der Karibik (außer Kuba) unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesetzt. In Costa Rica trocknet vor allem die Pazifikseite aus. Von der Grenze zu Nicaragua bis zum Beginn des

* Vortrag im Rahmen der 12. Mündener Gespräche am 17.10.1992 in Hann.-Münden.

zentralen Hochlandes sind fast nur noch Viehweiden mit wenig Buschwerk zu sehen, weiter südlich befinden sich große Zuckerrohrfelder. Im Hochtal von San José gibt es dann fast nur noch Kaffee – aber keine Wälder mehr. Wenn die Viehzüchter bei sinkenden Erlösen pro Vieh und steigenden Futtermittel- und Düngerpreisen noch auf ein Plus kommen wollen, so gelingt dies nur durch weitere Ausdehnung der Weiden hinein in immer stärker von Erosion bedrohte, höher gelegene Gebiete. Alljährlich werden für den Fleischexport rund 50000 Hektar Wald gefällt.

Am Arenalsee sind Schilder zu sehen, die auf landwirtschaftliche Entwicklungsgesellschaften hinweisen: *„Land für die Bauern – Bauern mit dem Land"*. Sie täuschen darüber hinweg, daß auch hier der chemotechnisierte Landbau triumphiert. Wo früher Urwälder waren, gibt es jetzt kleine Orte mit jeweils mindestens einem Laden, in dem Agrarchemikalien zu kaufen sind. Die Monokulturen zerstören die Bodenfruchtbarkeit. Trotz des steigenden Kunstdünger- und Pestizideinsatzes sinken die Erträge.

In Nicaragua ist Baumwolle nur noch unter starkem Chemieeinsatz anbaubar. Die Sandinisten versuchten, dem entgegenzuwirken. In ihren ersten Regierungsjahren verboten sie Agrargifte wie E 605 und Dieldrin; mit biologischer Schädlingsbekämpfung (auch erzwungen durch den Devisenmangel) wollten sie den Pestizideinsatz verringern. Im ‚neuen' Nicaragua dominiert wieder der Agrarexport und wird staatlich gestützt. Die einflußreiche Familie *Lacayo* sitzt nicht nur in der Regierung und stellt den Ministerpräsidenten, sondern sie ist auch in der Petrochemie tätig und stellt Agrarchemikalien her. –

Die Zahl und Stärke der Gruppen, die in Mittelamerika bewußt gegen die Natur und Gesundheit zerstörenden Formen kapitalistischen Wirtschaftens arbeiten, ist angesichts des Problemdrucks gering. Zwar gibt es in Costa Rica mehr als 20 staatlich geschützte Naturreservate und eine Reihe privater Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von rund 10% des Landes. Gesamtpolitisch ist das jedoch eher Sand, den man sich selbst in die Augen streut, um die rasend schnell fortschreitende ökologische Zerstörung nicht zu sehen. So wichtig der Schutz dieser Restflächen auch ist, er ändert nichts an der weitergehenden Entwaldung und Ausdehnung der Agrarflächen, der Störung des Wasser- und Klimahaushaltes und der chemischen Verseuchung von Böden, Lebensmitteln und Grundwasser.

So wie in Europa vor 20-30 Jahren überall Gruppen entstanden, die sich punktuell gegen Umweltbedrohungen wandten und die großen ökonomisch-politischen Zusammenhänge zunächst nicht sahen, so entstehen derzeit in Mittelamerika Initiativen, die an verschiedenen Punkten ansetzen und gegen Umwelt-und Gesundheitszerstörung zu kämpfen beginnen. Je schneller sich solche Basisgruppen ausbreiten, je mehr Menschen selbst anpacken statt nur zu warten, bis Kommunen oder Staaten etwas tun, desto eher wachsen sie zu kräftigen Gruppen zusammen, die auch auf die große Politik Einfluß nehmen können. Mit dieser Basisarbeit wachsen auch das Verständnis für Gesamtzusammenhänge und die Einsicht, daß die weltweite Umweltzerstörung eine Auswirkung der kapitalistischen Art des Wirtschaftens ist.

Erst eine Neuordnung der Wirtschaft ohne kapitalistische Grundstrukturen, die in Übereinstimmung steht mit den Erfordernissen der Ökologie und der Gesundheit der Völker, könnte einen Weg zur Regeneration freimachen. Das bedeutet nicht, daß vorher nichts getan oder nur konservativer Umweltschutz betrieben werden könnte. Schon jetzt kann man sich zum Beispiel darum bemühen, anstelle von Abfallbeseitigung bei Produktion und Konsum weniger Abfälle entstehen zu lassen. Die Gesundheits- und Ökologiegruppen in den mittelamerikanischen Ländern, aber auch progressive Kräfte in den Gewerkschaften, Parteien und Kirchen sollten möglichst eine gemeinsame Strategie entwickeln, schon innerhalb der kapitalistisch bestimmten Wirtschaftsstrukturen eine Loslösung von den besonders schädlichen Formen des Kapitalismus einzuleiten, die Produktion schrittweise vom

Export wegzuorientieren und mehr an einheimischen Bedürfnissen auszurichten. Das muß nicht Verzicht auf Außenhandel bedeuten, sondern dessen schrittweise Ökologisierung. Methoden des biologischen Landbaus könnten gefördert werden, um Agrarchemikalien zu vermeiden. Ansätze gibt es im Norden Nicaraguas, wo in zwei von Landarbeitern besetzten Fincas Sesam, Mais und Gemüse in Mischkulturen angebaut werden. Dritte-Welt-Handelsorganisationen in Österreich und Italien helfen ihre Existenz zu sichern, so daß sie entgegen den Absichten der Regierung vielleicht nicht an den früheren Grundbesitzer zurückgegeben werden. Die Möglichkeiten des guten Tuns reichen von Biokaffeeprojekten bis zur Wiederaufforstung tropischen Regenwaldes.

Bisher scheuten die mittelamerikanischen Staaten eine eigenständige Agrarpolitik, weil sie sich von den US-Märkten abhängig fühlten und das Geld zur Schließung der Finanzlücke zwischen Aus- und Einfuhrpreisen ja auch hauptsächlich von dort kam. Den Versuch, sich aus diesen Abhängigkeiten zu befreien, mußte Nicaragua mit einem 10-jährigen Bürgerkrieg bezahlen, der von den USA finanziert wurde. Er endete vorläufig mit der erneuten Unterwerfung des Landes unter die Bedingungen des US-Kapitals.

Anders als die Ex-DDR und die Staaten Mittel- und Osteuropas hatte Nicaragua keineswegs eine grundsätzliche Staatswirtschaft erlebt, sondern eine gemischte Wirtschaft, in der nur das Eigentum des gestürzten Diktators *Somoza*, seines Anhangs und geflüchteter Privateigner verstaatlicht worden war. In der Landwirtschaft, dem Hauptzweig der Wirtschaft, waren fast 30 % der Ländereien staatlich. Im Rahmen der Zielvorgaben der Revolutionsregierung – Sicherung der materiellen Existenz des Volkes und allmähliche Überwindung der Exportabhängigkeit – konnten sich private Unternehmer und Großgrundbesitzer einbringen. Ein Teil von ihnen zog es unter Mitnahme von Vermögenswerten und nach Dekapitalisierung der Betriebe (Verkauf von Maschinen und Vieh, oft über die Grenzen) vor, in die USA zu gehen. Auch unter den schwierigen Bedingungen des Bürgerkriegs zwischen Sandinisten und Contras konnte die Rate der erwachsenen Analphabeten von 60 auf 12-15 % gesenkt werden. Die Revolution brachte kostenlose Schulbildung und Gesundheitsdienste, Trinkwasser und Elektrizität in die Dörfer. Die Revolution führte zur Herabsetzung von Wucherpachten, zu sozialeren Pachtbedingungen, zur Verteilung verlassener Böden an Landarbeiter, Pächter und Bauern, zur Organisierung der Bauern in Dienstleistungs- und Kreditkooperativen (CSS) und in Kollektiv-Kooperativen (CAS). Es entstanden ein starker Verband der Kleinlandwirte (UNAC) und die Landarbeitergewerkschaften (ATC), die zwar die Agrarpolitik der Sandinisten grundsätzlich unterstützen, sich aber bald auch zu gewichtigen Interessenvertretungen gegen den Staat entwickelten. Sehr zwiespältig war dagegen der im Zuge der Revolution aufgebaute Staatssektor. Leistungsfähige Betriebe des *Somoza*-Clans wurden nicht unter die Landarbeiter aufgeteilt, da man sie bei ihrem damaligen Bildungsstand nicht für befähigt hielt, eigene Betriebe zu leiten. Statt dessen wurden sie verstaatlicht, um mit ihren Überschüssen die sozialen Ziele der Revolution wie Mindestlöhne, Kindergärten, Schulen usw. zu finanzieren. Dies ging zu Lasten der Wirtschaftlichkeit von Betrieben. Außerdem ist unbestreitbar, daß der Staatssektor oft uneffektiv arbeitete und daß sich Staatsdirektoren vielfach wie Autokraten aufführten, wenn sie auf eine schwächere Gewerkschaft stießen. So ist verständlich, daß sich im ‚neuen' Nicaragua weder die Gewerkschaften noch die Arbeiter für die Erhaltung des Staatssektors einsetzen, sondern auch seine Privatisierung verlangen – allerdings nicht eine Privatisierung im Sinne der neuen Machthaber, sondern im Sinne einer Übernahme der Betriebe durch die darin Arbeitenden. Eine solche Eigentumsbildung scheitert jedoch häufig an der Höhe der inzwischen wieder frei beweglichen Zinsen für Kredite; sie liegen im Durchschnitt bei 18 %.

Die neue Regierung ist jetzt fast zwei Jahre im Amt. Die Hoffnungen der Wähler auf die versprochenen materiellen Verbesserungen wur-

den enttäuscht. Besser geht es nur den wenigen Wohlhabenden, darunter auch den Rückkehrern aus den USA, die sich nach der Freigabe des Imports Waren des gehobenen Standards leisten können. Die breite Bevölkerung steht dagegen mit stark reduzierter Kaufkraft vor vollen Schaufenstern und Straßenläden. Gewiß war es richtig, die Kriegsinflation zu stoppen. Doch war es notwendig, sie kurz vor dem Regierungswechsel vom Mai 1990 bis April 1991 auf den internationalen Rekord von 55000% zu treiben? („Barrikada" vom 8.11. 1991) Zuerst wurde der Staatssektor kräftig gekappt. Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit sprunghaft an. Die Freigabe des Imports führte zu Wettbewerbsnachteilen der eigenen Produktion. Ungeklärte Eigentumsfragen und die wirtschaftliche Krisensituation haben zahlreiche Unruhen, Streiks und Demonstrationen ausgelöst. Das Unvermögen der Regierung, die Landfrage zügig zu lösen, begünstigt eine gewaltsame Zuspitzung sozialer Gegensätze. –

Für viele Länder der Dritten Welt besteht trotz ihrer Unabhängigkeit de facto ein Kolonialstatus im Rahmen der Finanzbeziehungen zu den Kreditgebern USA, Japan, Deutschland, England und Frankreich. In mehrfacher Hinsicht sind diese Kapitalverhältnisse für diese Völker bedrohlich. Erstens wird ihre eigene Souveränität ständig untergraben. Zweitens verschärfen die riesigen mit den Krediten verbundenen Zinslasten die Spaltung in Arme und Reiche und damit die sozialen Spannungen, die immer wieder zu Bürgerkriegen führen. Drittens zwingen diese Zinslasten zu einem immer stärkeren Wachstum der Wirtschaft – einfach um sie zahlen zu können. Das geht zu Lasten der eigenen Bevölkerung und der Natur. Es muß dann noch mehr Baumwolle, Zucker, Holz, Kaffee usw. exportiert werden, um die Zinsen aufzubringen. In Costa Rica machten die Auslandsschulden 1982 105% des gesamten Sozialproduktes aus. Bei der von einer Mrd. Dollar (1972) auf 4 Mrd. Dollar (1982) gestiegenen Gesamtschuld dürfte vom Exporterlös nicht viel übrig geblieben sein. In Mexico, Brasilien, Argentinien, Venezuela und Kolumbien reichten die Exporterlöse nicht für den Schuldendienst.

13. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Geldpolitische Perspektiven und die Verfassung der Freiheit

Samstag/Sonntag, 20./21. März 1993, Hann. Münden, Ortsteil Laubach, Hotel Werrastrand

Organisation und Gesamtleitung: Ekkehard Lindner

SAMSTAG, 20. MÄRZ 1993

13.30 Uhr Eröffnung und Einführung in das Tagungsthema
Münzpolitische Tendenzen im Mittelalter – Vom Magdeburger Erzbischof Wichmann im 12. Jahrhundert bis zur Münzpolitik der Hansestädte im 15. Jahrhundert
Vortrag von Dr. Matthias Puhle, Leiter der Museen in Magdeburg

Kaffeepause

17.00 Uhr **Friedrich A. Hayeks „Liberalismus" versus Joseph A. Schumpeters „Sozialismus" – Ein imaginärer Diskurs**
Vortrag von Ing. Mag. Dr. Gerhard Senft, Universität Wien

Abendbrotpause

20.00 Uhr **Karl Walker und die „Fortentwicklung freiwirtschaftlicher Theorien"**
Vortrag von Dipl.-Sc. pol. Dieter Schad, Berufsakademie Sachsen, Dresden

SONNTAG, 21. MÄRZ 1993

09.30 Uhr **Podiumsdiskussion zum Tagungsthema und Plenumsdiskussion**
Teilnehmer: Dieter Schad, Dr. Gerhard Senft, Ekkehard Lindner, Dirk Löhr und andere

Tagungsleitung und Auskunft über den Tagungsablauf:
Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18, W-3413 Moringen 4, Tel. 05503/3205

Faktisch führt der industrialisierte Norden seit Jahrzehnten einen unerklärten Krieg gegen den Süden. Wie es der brasilianische Arbeiterführer *Luis Ignacio Silva* bereits vor Jahren sagte: Die Hauptwaffen sind dabei die *„ungerechten Preise"* und die *„Raketen der Zinssätze, die tödlicher sind als Atombomben"*. Sie töten jedes Jahr ca. 20 Mio. Kinder, die an Hunger und Elendskrankheiten sterben, und sie zerstören die Erde.

Solange die Völker der Dritten Welt diesen geld- und zinsbedingten Kern des Kapitalismus nicht auflösen, haben sie trotz aller Anstrengungen keine Chance, aus dem Teufelskreis von Unterentwicklung und Umweltzerstörung auszubrechen. Sie drehen sich im Gegenteil immer tiefer in die soziale und ökologische Krise hinein. Der Schuldenturm der Dritten Welt ist in den letzten 20 Jahren vor allem zinsbedingt von einer schmalen Basis von ca. 200 Mrd. $ auf mehr als 1500 Mrd. $ gestiegen, wovon zwei Drittel aus reinen Zinsen, also nicht einmal aus gewährten Krediten bestehen. Diese Explosion ist die mathematische Folge des Zinseszinssystems. Um 1985 gab die Weltbank keine Kredite unter 10%. Bei 10% verdoppelt sich aber jede Schuld in 7-8 Jahren; sie vervierfacht sich in 14-16 Jahren usw., wenn sie nicht getilgt werden kann. Umgekehrt verdoppeln sich in derselben Zeit die Riesenvermögen des Nordens und der südlichen Machteliten. Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher. Jährlich ca. 150 Mrd. $ verschlingt der Zinsendienst, was die Länder der Dritten Welt in soziale Verzweiflung und in ökologische Katastrophen treibt.

Zusammen mit dem Kohlendioxyd-Ausstoß des Nordens kann die vom Zins mitverursachte Waldvernichtung in den Tropen in den nächsten Generationen zahlreiche bewohnte Gebiete der Erde infolge von Klimaveränderungen unbewohnbar machen und Flüchtlingsströme auslösen, gegen deren Ausmaße heutige Flüchtlingsbewegungen harmlos erscheinen werden. Wenn die heutigen Probleme nicht friedlich gelöst werden, könnte der zukünftige Kampf um die Verteilung der besiedelbaren Gebiete mit fürchterlichen Ausrottungskriegen einhergehen. Es wäre daher besser, wenn verantwortungsbewußte Bürger dieser Welt darüber nachdenken, welche ursächliche Bedeutung die Landverteilung und das Zinssystem für die globale Krise haben. Wer sich heute *darüber* den Kopf zerbricht, kann vielleicht mithelfen, daß sich in wenigen Generationen die Menschen nicht um des Überlebens willen die Köpfe einschlagen müssen. Niemand kann heute sagen, wann diese Krisenentwicklungen unbeherrschbar werden. Doch ist unzweifelhaft, daß die Klimakatastrophe schon begonnen hat. Um aber notwendige Schritte zur Überwindung sozialer und ökologischer Krisen tun zu können, bedarf es auch einer Rahmenordnung der Wirtschaft, die nicht mehr dazu zwingt, immer mehr Energie für immer mehr Wirtschaftswachstum zu verschwenden.

Und es bedarf Kreditbeziehungen innerhalb der Industrieländer und zwischen Nord und Süd, die die südlichen Länder nicht länger zwingen, auch noch den letzten Baum für Exportdevisen zu fällen, um astronomisch wachsende Zinsen zahlen zu können.

Südafrika

„Seit Jahren stagniert die Wirtschaft; das Pro-Kopf-Einkommen geht stetig zurück; in keinem anderen Land der Welt ist der Wohlstand so ungleich verteilt, ist der Unterschied zwischen arm und reich so groß wie in Südafrika; den Weißen – 5 Prozent der Bevölkerung – gehören 87 Prozent des Farmlandes und 85 Prozent allen Privateigentums. Unter den Schwarzen auf dem Lande und in den Homelands herrscht äußerste Armut. 81 Prozent der Schwarzen leben unterhalb der Armutsgrenze. Bei 40 Prozent Arbeitslosigkeit ohne soziale Unterstützung ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Ferner ist die Wohnungsnot unvorstellbar groß und die Schulen sind miserabel."

Marion Gräfin Dönhoff in: „Die Zeit" Nr. 5/1992, S. 4

Werner Onken

Indien zwischen Elitenwohlstand und Massenelend

Übersicht

1 Indien vor der Kolonialisierung
2 Britische Kolonialherrschaft von 1757-1947
3 Der indische Freiheitskampf
4 Gandhis soziale Programmatik
5 Indien nach 1947: politisch selbständig und wirtschaftlich abhängig
6 Grundzüge einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
7 Werner Zimmermann und Indien
8 Das Boden-, Geld und Zinsproblem im Hinduismus

1 Indien vor der Kolonialisierung

500 Jahre nach der ‚Entdeckung' Amerikas steht gegenwärtig Lateinamerika im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Diskussion. Andere Regionen des verelendeten Südens geraten dadurch aus dem Blickfeld, zum Beispiel Indien. Als *Kolumbus* 1492 den Atlantik überquert hatte, glaubte er in Indien angekommen zu sein, denn er hatte den westlichen Weg nach Indien gesucht. Zwar gelangte er gar nicht nach Indien, aber dem Land blieb das Schicksal der Unterwerfung unter europäische Kolonialmächte dennoch nicht erspart. Der portugiesische Seefahrer *Vasco da Gama* erschloß 1498 den Seeweg von Europa um die Südspitze Afrikas nach Indien. Danach kamen europäische Kaufleute ins Land. 1612 errichtete die britische Ostindien-Kompanie ihre erste Handelsniederlassung an der indischen Westküste. Die eigentliche Kolonialherrschaft der Briten begann erst 1757 mit der Eroberung Bengalens und dauerte fast 200 Jahre.

Im Industal (dem heutigen Pakistan) brachte der indische Subkontinent eine der ältesten Hochkulturen hervor. Vom 4. bis zur Mitte des 2. vorchristlichen Jahrtausends entwickelten sich dort bereits größere Städte mit Versammlungshallen, Kornkammern und öffentlichen Bauten, mit Ziegelhäusern, Straßen und Kanalisation. Münzen wurden zum Austausch von Getreide, Ölsaaten und Baumwolle verwendet.

Im Zuge der großen Völkerwanderungen kamen Arier aus Zentralasien nach Nordindien und verdrängten die dortigen Draviden nach Süden. Zusammen mit ihrer Sprache, dem Sanskrit, brachten sie die Veden als ihre heiligen Schriften mit. Die Arier übernahmen auch religiöse Vorstellungen der Draviden, und aus dieser Verschmelzung entstand der Hinduismus (etwa zur selben Zeit, als *Moses* die religiösen Fundamente für die alten Israeliten legte). Im großen indischen Epos *„Mahabharata"* mit der *„Bhagavadgita"* als dem heiligen Buch der Hindus wird von den Kämpfen der Königssippen und den Lebensvorstellungen der Indoarier berichtet.

Im 6. Jahrhundert v. Chr. (als in Griechenland *Pythagoras* und in China *Lao Tse* wirkten) entstanden in Indien mit dem Buddhismus und dem Jainismus noch zwei weitere Religionen, die zeitweise zu großem Einfluß gelangten und mit dem Hinduismus um die Vorherrschaft rangen. Ab dem 7. Jahrhundert n. Chr. drangen arabische und türkische Muslime in den Norden Indiens ein und verbreiteten den noch jungen Islam. Das Sultanat von Dehli wurde im 14. Jahrhundert von Mongolen zerstört und 300 Jahre später zerfiel auch das in Nordindien errichtete muslimische Moghulreich, während sich im Süden Indiens eigenständige Königreiche entwickelten, die dank des regen Seehandels zu Wohlstand und kultureller Blüte gelangten.

2 Britische Kolonialherrschaft von 1757-1947

Die Ostindien-Kompanie entwickelte sich zu einer wirtschaftlichen und politischen Macht, die Bengalen hemmungslos ausplünderte. So

kam es dort im 18. Jahrhundert zu schweren Hungersnöten und ein Drittel der Bevölkerung starb. Von Bengalen aus erweiterte die Ostindien-Kompanie ihre Herrschaft über den Subkontinent. Sie stützte sich auf indische Adlige und Großgrundbesitzer, die trotz aller Ausbeutung immerhin noch eine gewisse Verantwortung für ihre Untertanen wahrgenommen hatten. Zur Sicherung ihrer Macht errichteten die Briten eine Verwaltung und eine Armee, und – um beides zu finanzieren – trieben sie auch bei Mißernten steigende Landabgaben von den indischen Bauern ein. Immer mehr Kleinbauern verloren ihre Selbständigkeit und sanken zu abhängigen Kleinpächtern und Landlosen herab. Die britischen Kolonialherren begannen auch Plantagen einzurichten, um in Monokulturen landwirtschaftliche Exportgüter wie Baumwolle und Jute herzustellen. So wurde die indische Landwirtschaft einerseits von schwankenden Weltmarktpreisen abhängig und andererseits dadurch geschwächt, daß die Briten die Gewinne nach Europa transferierten anstatt sie wieder in Indien zu investieren. Zudem zerstörten die Briten große Teile des indischen Textilgewebes, indem sie eigene Exporte nach Indien begünstigten und den Import indischer Produkte durch Zölle von englischen Märkten fernhielten. An der Ausbeutung Indiens durch die Briten änderte sich nichts Grundlegendes, als die Kolonialmacht 1857 von der Kompanie auf die britische Krone überging. Der Subkontinent geriet völlig aus dem sozialen und ökologischen Gleichgewicht. Wie in einem Teufelskreis schaukelten sich Ausbeutung von Mensch und Natur, Dürren und Überschwemmungen immer weiter auf.

Auch wenn man die britische Kolonialherrschaft nicht allein für die Lage in Indien verantwortlich machen kann, ist ihre Bilanz dennoch erschütternd: *„Vor ihrem Beginn war der Subkontinent in vielen Bereichen entwickelter und wohlhabender als Europa. Er war berühmt für seine feinen Gewebe, seine kostbaren Gewürze und seine Handwerkskunst. Daß Indien heute zu den ärmsten Ländern der Erde gehört, ist zu einem beträchtlichen Teil der Ausbeutung durch die Briten zuzuschreiben. Sie legten den Grundstock zu dem Millionenheer verelendeter Landbewohner, das heute Indiens größtes soziales Problem ist."* [1]

3 Der indische Freiheitskampf

Ende des 19. Jahrhunderts begann Indien, sich gegen die britische Kolonialherrschaft zur Wehr zu setzen und seine eigene politische wie kulturelle Identität zu suchen. Religiöse Reformer erneuerten den erstarrten Hinduismus und suchten den Dialog mit dem Christentum; indische Philosophen setzten sich mit dem Humanismus und der Aufklärung des Westens auseinander. Als Sammelbecken der Unabhängigkeitsbewegung entstand 1885 der *„Indische Nationalkongreß"* (INC). 1920 gelangte *Gandhi* an die Spitze des gewaltlosen Widerstands gegen die britische Kolonialmacht. Der bengalische Dichter *Rabindranath Tagore* nannte ihn *Mahatma,* die *„große Seele"* Indiens.

Nach seinem Jurastudium in London ging *Gandhi* zunächst als Rechtsanwalt nach Südafrika, wo er entrechtete Inder gegen die dortige britische Kolonialverwaltung verteidigte. In seinem Denken verband er einen aufgeklärten Hinduismus mit dem von den abendländischen Kirchen verschütteten Kern des Christentums und Einflüssen von *Henry David Thoreau* und *Leo Tolstoi* zur Idee des zivilen Ungehorsams *„Satyagraha" („Kraft der Wahrheit"* und *„gerechter Protest").* Der berühmte Salzmarsch, den *Gandhi* 1930 als Protest gegen das britische Salzmonopol organisierte, führte zur Abschaffung der Salzsteuer. Das stärkte die Hoffnung der indischen Unabhängigkeitsbewegung, die britische Herrschaft ganz abschütteln zu können. Dieses große Ziel erreichte sie schließlich im Sommer 1947. Allerdings führten Rivalitäten zwischen Hindus und Moslems dazu, daß die einstige Kolonie geteilt wurde in die islamische Republik Pakistan und in die säkulare, d.h. religiös ungebundene Republik Indien. Seine Bemühungen, die Konflikte zwischen Hindus und Muslimen zu schlichten, kosteten *Gandhi* tragischerweise das Leben. Im Januar 1948 trafen ihn die Kugeln, die ein fanatischer Hindu auf ihn abfeuerte.

4 Gandhis soziale Programmatik

Wie sollte nun Indien nach Erreichen der Unabhängigkeit *(Swaraj)* aussehen? Anders als Japan und China, die ihre Zukunft auf faschistischen bzw. kommunistischen Wegen suchten, wollte *Gandhi* für Indien einen Übergang ohne revolutionär-gewaltsame Umbrüche. Als religiöser Sozialist stand er dem Kapitalismus und dem Kommunismus gleichermaßen kritisch gegenüber. Allerdings war seine Haltung zum Kapitalismus ambivalent: Einerseits teilte er die im Hinduismus verwurzelte Abneigung gegen das westliche Streben nach materiellen Reichtümern; andererseits verstand er die Notwendigkeit von Privatinitiative und freiem Unternehmertum. Sein Ideal des Seins statt des Habens bedeutete für ihn *„... keineswegs ein Ende für alle materiellen Ambitionen. Wir wollen, wie zu jeder Zeit, in unserer Mitte Leute haben, die die Schaffung von Kapital zum Ziel ihres Lebens machen."* [2] Zu dieser ambivalenten Haltung paßte *Gandhis* Einstellung zum Eigentum. Er wußte um die Nachteile der Konzentration privaten Eigentums an Land und Produktionsmitteln, wehrte aber marxistische Forderungen nach einer Verstaatlichung entschieden ab. In einer Rede von Wirtschaftswissenschaftlern 1934 in Allahabad erklärte *Gandhi: „Es ist meine feste Überzeugung, daß, wenn der Staat den Kapitalismus mit Gewalt beseitigt, er selbst in den Übeln der Gewalt gefangen sein und die Gewaltlosigkeit nie erreichen wird."* [3]

Den Ausweg aus dem Labyrinth der Eigentumsfrage suchte *Gandhi* gleichsam mit einem Salto mortale: Die Besitzenden sollten zwar nicht enteignet werden – aber mit jenen Teilen ihres Eigentums, die ihren persönlichen Bedarf überstiegen, sollten sie so umgehen, als gehörten sie ihnen nicht persönlich, m.a.W. als wären sie Treuhandeigentum. 1939 gab *Gandhi* eine Erläuterung seiner Vorstellungen von sozial gebundenem Privateigentum: *„Angenommen, ich sei zu eigenem Reichtum gekommen, sei es durch Erbschaft, sei es durch Tätigkeit in Handel und Industrie; dann muß ich wissen, daß all dieser Reichtum nicht mir gehört; was mir gehört, ist das Recht auf ein ordentliches Auskommen, nicht besser als das von Millionen anderer. Der Rest meines Reichtums gehört der Gemeinschaft und muß zum Nutzen der Gemeinschaft verwendet werden ... Die Sozialisten wollten diese privilegierten Klassen beseitigen. Ich will, daß sie über ihre Habgier und ihren Besitzinstinkt hinauswachsen und trotz ihres Reichtums auf die Ebene derer hinabsteigen, die ihr Brot durch ihrer Hände Arbeit verdienen."* [4]

Mit diesem Eigentumsbegriff verband *Gandhi* seine Vorstellungen von einer Wiederbelebung der indischen Dorfgemeinschaft, für die das Spinnrad (khadi) zum Symbol geworden ist. Sein Herz hing vor allem an den Bauern, deren Leben er durch das nebenerwerbliche Spinnen und Weben heben wollte. Er wollte einfache Technik in Landwirtschaft und Handwerk statt moderner Industrie, die nur materialistisches Konsumdenken und die Auflösung zwischenmenschlicher Bezichungen mit sich bringe: *„Jedes Dorf Indiens wird fast eine sich selbst versorgende und unabhängige Einheit sein und nur solche notwendigen Güter mit anderen Dörfern austauschen, die an Ort und Stelle nicht hergestellt werden können."* [5] In den Dörfern des neuen Indien sollten nicht zuletzt auch die kastenlosen Unberührbaren sozial integriert werden. *Gandhi* nannte sie die *„Harijans" („Gotteskinder")*, um die Anerkennung ihrer Würde einzufordern.

5 Indien nach 1947: politisch selbständig und wirtschaftlich abhängig

Gandhis Lebenswerk war in sozialer und ökonomischer Hinsicht noch nicht weit genug ausgereift, um neben der staatlichen auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit Indiens zu sichern. *„Der Mahatma ist dahingegangen, aber die Ausbeutung ist geblieben"*, schrieb *Curt Ullerich* im Nachwort zu *Gandhis* Autobiographie. *„Gandhis Methode des Kompromisses hat nur zu vorübergehenden Erleichterungen, nicht aber zu sozialen Umwälzungen geführt."* [6]

Vor allem war es die Konzeption des aus persönlichen und treuhänderischen Anteilen bestehenden Privateigentums, die de facto dazu führte, daß die Privilegien von Großgrundbesitz und Kapital kaum angetastet wurden und daß die Armen arm blieben. Illusionär war die

Erwartung, daß die Privilegierten freiwillig auf die Mehrung ihres Reichtums und den Mißbrauch ihrer Macht verzichten würden. Wo hätte auch die Grenze zwischen dem *„ordentlichen Auskommen"* und dem *„Rest"* liegen sollen? Kann es überhaupt einen ‚richtigen' Umgang mit leistungswidrig, d.h. strukturell falsch verteiltem Eigentum an Land und Kapital geben?

Schon vor der Kolonialzeit waren in Indien der Großgrundbesitz und das hinduistische Kastensystem Hand in Hand gegangen. Und die Briten hatten ihre Herrschaft auf die Großgrundbesitzer und Fürsten in den indischen Oberklassen gestützt. Im Windschatten der Pax Britannica konnten parasitäre Pachtherren und Geldverleiher die landwirtschaftlichen Überschüsse abschöpfen und ins Ausland transferieren oder konsumieren statt sie in Indien zu investieren. Gegen Ende der Kolonialzeit hatten zum Beispiel in der Region Punjab 2,4 % der Bevölkerung ca. 40 % der bebaubaren Flächen inne.[7]

In den ersten Jahren der politischen Unabhängigkeit Indiens gab es Ansätze zu einer Landreform, die jedoch scheiterten. Eine Bewegung *„Gramdan"* bemühte sich erfolglos, Gemeindeland neu aufzuteilen und vornehmlich an landlose Harijans zu verschenken. *Gandhis* Schüler *Vinoba Bhave* versuchte in der ersten Hälfte der 50er Jahre, auf einer großen Wanderung von Haiderabad nach Dehli Großgrundbesitzer zum freiwilligen Verschenken von Ackerland an Arme und Kastenlose zu bewegen. Seine Bewegung *„Bhoomidan Yagna"* brachte bis 1954 fast 1,4 Mio. Hektar zusammen – eine Fläche, die etwa einem Drittel der Schweiz entspricht. Sie vermochte jedoch die Probleme der Neuverteilung nicht zu lösen. Vielfach wurden die Schenkungen auch widerrufen.[8] Oder die neuen Besitzer verloren den Boden wieder, um durch Verkauf den Druck der Schuldknechtschaft vorübergehend zu mindern.

Der Großgrundbesitz hat in Indien alle Bestrebungen zu seiner Beseitigung abwehren können. Hindu-Großgrundbesitzer legitimieren die Ausbeutung der niederen Kasten und Kastenlosen noch immer mit der Behauptung, diese soziale Pyramide sei Jahrtausende alt und vom Weltenschöpfer so gewollt. *Barrington Moore* berichtet von einer Untersuchung, wonach die landwirtschaftlichen Flächen um die Mitte der 50er Jahre folgendermaßen verteilt waren[9]:

Bevölkerungsgruppen	Landbesitz
20 % Landlose	0 %
50 % Zwergwirtschaften (weniger als ein Morgen)	2 %
20 % kleine und mittelgroße Betriebe	ca. 48 %
10 % Großgrundbesitzer	ca. 50 %

Eine kleine Elite herrschte demnach über eine völlig entrechtete Mehrheit von ca. 75 % der Bevölkerung. Und an diesem Unrecht hat sich seitdem nichts Wesentliches geändert.[10] Den wirtschaftlichen Wettbewerb hat es völlig verzerrt. Die Chancen zur Bildung von Geld- und Produktivvermögen waren stets so ungleich verteilt, daß Kapital wiederum nur in der Hand der wenigen Privilegierten entstehen konnte.

Nach *Gandhis* Tod steuerte Indiens Kongreßpartei zunächst einen gemäßigten Kurs unter *Sardar Patel,* der seinen Rückhalt vorwiegend bei den Pachtherren und der Geschäftswelt hatte. Freie Märkte und Preise hätten jedoch nur bei wirtschaftlicher Chancengleichheit sozialverträglich funktionieren können. Auf der ‚schiefen Ebene' der ungerechten Verteilung von Land und Kapital wirkte sich die freie Preisbildung zum Nachteil der Armen aus, was den Ruf nach Preiskontrollen auslöste.

Statt diese ‚schiefe Ebene' durch eine Neuverteilung des Landes geradezurichten, versuchte *Nehru* auf ihr eine gemäßigt sozialistische Politik zu entfalten, eine Politik der gemischten Wirtschaft aus verstaatlichten Schlüsselindustrien und einer bürokratisch reglementierten Privatwirtschaft. Gemäß den Fünf-Jahres-Plänen sollten staatliche Investitionen die Industrialisierung Indiens vorantreiben und

eine von ausländischem Kapital unabhängige Entwicklung der Privatwirtschaft induzieren. Die staatliche Schwerindustrie erwies sich jedoch eher als Bremse denn als Motor der Entwicklung Indiens. Der Privatwirtschaft fehlte die Grundlage einer dezentralen Kapitalbildung, und außerdem bremste die Beschränkung auf den indischen Binnenmarkt ihre Entwicklung. 70 % aller Staatsausgaben sind Subventionen. Zusätzlich zum Boden- und Geldmonopol verzerren sie die Märkte; und die ohnehin schon Privilegierten haben den besten Zugang zu den Subventionen, den sie sich durch Korruption erhalten. Zu den staatlichen Entwicklungsplänen gehörten auch Armutbekämpfungsprogramme; sie blieben jedoch weitgehend wirkungslos.

Die allgemeine Stagnation führte zu einem wirtschaftlichen Kurswechsel hin zu mehr Liberalisierung. Er bewirkte tatsächlich eine gewisse Industrialisierung in den wenigen großstädtischen Ballungsräumen Indiens, die sogar Atomkraft und Weltraumfahrt einschließt. Kapital- statt arbeitsintensive Technologien halten jedoch Massen von Menschen von der industriellen Produktion fern. Arbeitsplätze sind häufig nur durch ein Bestechungsgeld in Form des Verzichts auf einen Jaheslohn zu bekommen. Statt regulärer Beschäftigungsverhältnisse gibt es massenhaft Kinderarbeit; sie geht zu Lasten des Schulbesuchs, so daß die Hälfte aller Inder Analphabeten sind. Zudem geht diese quasi frühkapitalistische Industrialisierung Indiens mit einer enormen Umweltzerstörung einher.

Schließlich verlor Indien seine wirtschaftliche Selbständigkeit vollends und geriet wie so viele andere Länder der Zweidrittelwelt in die Schuldenfalle, denn unter dem Druck ausländischer Interessenpolitik wurde wohl der Außenhandel liberalisiert, aber die bürokratischen Hemmnisse des Binnenhandels blieben bestehen. Alsbald überwogen die Importe von Investitionsgütern die Exporte indischer Erzeuger. In dem kurzen Zeitraum von 1986-1989 stiegen die Auslandsschulden um 50 % von 41 auf 62,5 Mrd. Dollar. Der Schuldendienst beansprucht ca. 25 % der Exporterlöse. Im Teufelskreis von Schulden und Inflation ist Indien nach außen abhängig von ausländischem Kapital und den Diktaten von IWF und Weltbank unterworfen. Im Inneren ist das Land mit seinen rund 844 Mio. Menschen – sie bilden ein Sechstel der Erdbevölkerung – extrem in wenig Reiche und viele Arme gespalten.

Rund die Hälfte aller Inder darben an oder unterhalb der Armutsgrenze. Mehr noch als die Männer sind die indischen Frauen entrechtet. Diese Massenarmut ist ein trister Nährboden für die seelische Verwahrlosung vieler Menschen, für Krankheiten wie Lepra und Malaria sowie für eine hohe Kindersterblichkeit. Die kranke Sozialordnung macht die Menschen nicht nur krank, sondern sie erhöht auch ihre Aggressionsbereitschaft. Die sozialen Konflikte entladen sich in Straßenschlachten zwischen Hindus und Muslimen, Siks und Hindus, zwischen den Angehörigen höherer und niederer Kasten sowie zwischen den verschiedenen indischen Völkerschaften. Und schließlich münden Ausbeutung und Armut in einen rasanten Bevölkerungsanstieg ein. Um die Jahrtausendwende wird es rund 1 Mrd. Menschen in Indien geben. *„Indiens explosives Bevölkerungswachstum ist – darüber sind sich Entwicklungsexperten heute einig – nicht Ursache, sondern Auswirkung seiner Massenarmut."* [11] Für arme Familien ist es eine Überlebensnotwendigkeit, daß möglichst viele Kinder auf der einen Seite das hinzuverdienen, was ihnen auf der anderen Seite durch die wirtschaftliche Ausbeutung verlorengeht.

6 Grundzüge einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Die sozialen Mißverhältnisse lassen sich jedoch nicht durch einen solchen Vorgriff auf die Zukunft ausgleichen. Die Bevölkerungsexplosion ist gleichsam die oberste und augenfälligste Schicht in der Gesamtsymptomatik der sozialen Krankheit Indiens. Wenn man – wie in der homöopathischen Medizin, die in Indien sehr verbreitet ist und zum Beispiel durch den Arzt *Sankaran* gefördert wird[12] – die Gesamtheit der Symptome betrachtet, die sich im Laufe der Zeit übereinandergeschichtet

haben, so stößt man in der Tiefe auf die Privilegien des Boden- und Geldbesitzes, die den Subkontinent weit von seinem ökonomischen, seelischen und kulturellen Gleichgewicht entfernt haben. Um noch schlimmere soziale Disproportionen zu verhüten und die Umkehr zu einem neuen Gleichgewicht einzuleiten, bedarf der kranke Sozialorganismus als gleichsam ganzheitlicher Regulationstherapie einer Reform der wirtschaftlichen Institutionen, welche die das soziale Gefüge zerrüttenden Privilegien des Boden- und Geldbesitzes aufhebt. Im Gegensatz zur kommunistischen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und Zentralplanung des industriellen Sektors sollte der freie Markt nicht abgeschafft, sondern von Monopolen befreit werden, damit er ungestört von der Macht der Großgrundbesitzer und Geldverleiher einen stabilen sozialen Ausgleich herbeiführen und seine Selbstregelungs- und Selbstheilungskräfte zur Entfaltung bringen kann.

Das Monopol des Bodens ließe sich überwinden, wenn der Großgrundbesitz in das Eigentum der Gemeinden überginge, die das Land als unverkäufliches Treuhandeigentum verwalten und zur privaten Nutzung an selbständig wirtschaftende Bauern verpachten. Private Nutzungsrechte an kommunalem Boden könnten ein Weg sein, den erneuten Verlust des Bodens und den Rückfall in alte Abhängigkeiten zu vermeiden. Und das Monopol des Geldes ließe sich aufheben, wenn an die Stelle des sich durch Zins und Zinseszins grenzenlos selbst vermehrenden Geldes ein der Endlichkeit der Welt angepaßtes „Geld ohne Zinsen und Inflation" (Margrit Kennedy[13]) tritt, das einen leistungsgerechten Austausch der Erzeugnisse der Bauern und Handwerker auf dem Land und mit der Stadt vermittelt.

Solche Reformen von Bodenrecht und Geldwesen machen es unmöglich, daß immer mehr Einkommen und Vermögen von arbeitenden Bevölkerungsmehrheiten zu den Machteliten bzw. von der peripheren Zweidrittelwelt in die nordamerikanischen und westeuropäischen Zentren fließen und in den Händen von Minderheiten konzentriert werden. Statt der kapitalistischen Akkumulation von Bodenrenten und Zinsen können aus dem nicht mehr durch Ausbeutung geschmälerten, d.h. leitungsgerecht dezentralisierten Einkommensströmen Ersparnisse gebildet werden und zur Bildung von breit gestreutem Produktivvermögen investiert werden. Um nach dem Scheitern der kapitalistischen ‚Entwicklung' eine selbständige Entwicklung eines Landes wie Indien auf der Basis der Verteilungsgerechtigkeit in Gang zu bringen, kann gerade auf dem Land, wo die entwürdigende Schuldknechtschaft noch sehr verbreitet ist, die Bildung von Genossenschaftsbanken hilfreich sein, wie sie in Deutschland im 19. Jahrhundert von *Friedrich Wilhelm Raiffeisen* aufgebaut wurden. Eine solche Dezentralisierung mittlerer und kleinerer Produktivvermögen in privater und genossenschaftlicher Hand begünstigt zudem die Verbreitung von einfachen und mittleren Technologien, die arbeits- statt kapitalintensiv sind.

Der Denkansatz einer *„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"* geht insofern über *Gandhi* hinaus, als er dem kapitalistischen Wildwuchs nicht mit der trügerischen Hoffnung begegnet, daß die Mächtigen aus eigener Einsicht *„über ihren Besitzinstinkt hinauswachsen"* und einen ‚richtigen' Gebrauch von dem an sich ‚falsch' verteilten Eigentum machen. Angestrebt wird vielmehr eine freiheitliche Rechtsordnung, in derem Rahmen ohne bürokratische Willkür selbsttätig eine strukturell ‚richtige', d.h. leistungsgerechte Dezentralisierung von Einkommen und Vermögen stattfinden kann. Gleichwohl steht dieser Denkansatz nicht im Widerspruch zu *Gandhis* gesamtem Denken. Er könnte sogar einen Weg bahnen, auf dem schließlich auch seine unerfüllt gebliebene Hoffnung auf eine Erneuerung des indischen Dorfes Wirklichkeit werden kann, und zwar nicht im Sinne einer rückwärtsgewandten romantischen Verklärung des Dorfes, die *Gandhi* häufig unterstellt wird, sondern im Sinne einer in die Zukunft gerichteten selbständigen Entwicklung Indiens, bei der sich Land und Stadt auf der Grundlage von Landwirtschaft und Handwerk regenerieren können.

7 Werner Zimmermann und Indien

Mit diesem zuerst von *Silvio Gesell* entworfenen und auch mit dem Postulat der Gewaltfreiheit[14] verträglichen Modell einer *„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"* kam *Gandhi* bereits selbst durch den schweizerischen Reformpädagogen *Werner Zimmermann* in Berührung. 1929/31 unternahm *Zimmermann* eine große Reise als Wanderarbeiter und Vortragsredner durch Mittel- und Nordamerika, Japan, China und Indien, wo er die Erziehungsstätten von *Tagore* und *Gandhi* besuchte. Als *Gandhi* Ende 1931 nach seiner Teilnahme an einer Londoner Rundtafel-Konferenz in der Schweiz bei *Romain Rolland* zu Gast war, kam es nochmals zu einer persönlichen Begegnung, bei der es außer um ökonomische Probleme auch um Fragen der Erziehung und der Sexualmoral ging. *„Gandhi und seine Freunde waren nicht gegen meine Auffassungen und Vorschläge"*, berichtete *Zimmermann* später, *„doch drangen diese nicht als sehr dringlich in ihr Bewußtsein ein. Sie hatten damals in Indien ganz andere dringende Problem zu lösen."* [15] Die Konflikte innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung und mit den Briten nahmen *Gandhi* voll in Anspruch. Seine eigene soziale Konzeption war vielleicht auch schon zu fest gefügt, um die Anregungen – die *Zimmermann* möglicherweise auch in zu ökonomistischer Weise vortrug – noch in sein Denken aufzunehmen.

Im Winter 1949/50 hielt sich *Werner Zimmermann* noch einmal für mehrere Monate in Indien auf. *Maschruwala*, der *Gandhis* Wochenzeitung *„Harijan"* redigierte und zwischenzeitlich auch Aufsätze über Reformen von Bodenrecht und Geldwesen veröffentlicht hatte, lud ihn zu einem Pazifistenkongreß nach Sevagram bei Wardha ein, wo es um den Aufbau einer neuen friedlichen Sozialordnung für das unabhängig gewordene Indien ging. Zu den Teilnehmern gehörten *Prasad, Nehru* und andere Mitarbeiter *Gandhis*. Anschließend erhielt *Zimmermann* die Möglichkeit, an mehreren indischen Universitäten Vorträge über das Modell der *„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"* zu halten, die zum Teil auch im Rundfunk gesendet und veröffentlicht wurden.[16] *Prasad* und *Nehru* verstanden nach eigenem Bekunden zu wenig vom Geldwesen und wollten deshalb den Rat von Fachleuten einholen. So kam es zu Aussprachen mit Vertretern aus Politik und Geschäftswelt, zum Beispiel mit dem Sachverständigen *C. Deshmukh* im Finanzministerium, mit dem Notenbankgouverneur *Benegal Rama Rau* und *Nehrus* Berater Professor *Chand*, mit Parlamentspräsident *Mavalankar* und anderen.

In seinen Reiseerinnerungen schilderte *Zimmermann*, wieviele Sympathien ihm sowohl von Fachleuten als auch von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens bis hin zu Yogis und Theosophen für das Ziel des Dritten Weges jenseits von Kapitalismus und Kommunismus entgegengebracht wurden. Beträchtlich waren andererseits die Verständnisprobleme, wenn es um Details ging. Durchaus positive Resonanz fanden die Vorschläge zur Eindämmung von spekulativer Geldhortung und von Schwarzmärkten, zur Kaufkraftstabilisierung der Rupie und zur Freigabe der Wechselkurse. Aber die meisten der Gesprächspartner *Zimmermanns* glaubten, vorher erst noch einen deflationären Abbau der Inflation betreiben und die Preise kontrollieren zu müssen. Kurz vor seiner Rückkehr in die Schweiz unterbreitete *Werner Zimmermann* in einer Eingabe an die Planungskommission der indischen Regierung noch seine *„Vorschläge zur Steigerung der Produktion"*. Eigenartigerweise war darin fast nur von der Bedeutung eines dienenden Geldes für eine stabile und von Auslandsanleihen unabhängige Entwicklung Indiens die Rede – das noch viel größere Bodenproblem wurde nur beiläufig erwähnt.[17]

In der Kongreßpartei rangen das liberalkapitalistische Lager um *Patel* und die staatssozialistischen Kräfte um *Nehru* um die Vorherrschaft, und die Gewichte verlagerten sich nach links. *Zimmermanns* Eingabe hatte keinen Einfluß auf die große Politik. Was ihm blieb, waren Erinnerungen an ein faszinierendes Land und persönliche Freundschaften, die noch einmal auflebten, als 1959 eine liberale Partei *„Swatantra" („Freiheit")* als Gegengewicht zur Politik der Kongreßpartei gebildet wurde. Ihr Gründer war *C. Rajagopalachari*,

ein früherer Mitkämpfer *Gandhis* und erster Generalgouverneur der unabhängigen indischen Union; er wollte anders als reaktionäre Abspaltungen vom Kongreß ein Sammelbekken für liberale Gegner des Kongresses schaffen und der zunehmenden Verstaatlichung entgegenwirken. *Zimmermann* nahm sogleich Kontakt mit *Rajagopalachari* auf. Der Gedankenaustausch schlug sich auch im *„Swatantra"*-Organ *„Swarajya"* nieder. In ihrem Programm forderte *„Swatantra"* soziale Gerechtigkeit auf der Basis einer freien Privatwirtschaft und auch die Stabilisierung der Kaufkraft der indischen Rupie. Jedoch geriet diese Partei bald in den Sog einer den Liberalismus verfälschenden westlich-kapitalistischen Interessenpolitik.[18]

8 Das Boden-, Geld und Zinsproblem im Hinduismus

Seit dieser Zeit sind 30 Jahre vergangen, in denen sich das Gesicht der Welt grundlegend verändert hat. Westliche Modernisierungsstrategien und Entwicklungshilfen haben versagt. Imperialismus und Dependenz können andererseits das Elend der Dritten Welt nicht hinreichend erklären. ‚Antikapitalistische' Verstaatlichungsrezepte blieben erfolglos und verloren ihre Anziehungskraft außerdem durch den Zusammenbruch des Moskauer Imperiums. Ein Abbau der Vorurteile gegenüber der Marktwirtschaft wird aber noch erschwert durch das Verhalten multinationaler Konzerne in der Dritten Welt und durch die rigorosen Strukturanpassungsprogramme, die IWF und Weltbank als Repräsentanten des internationalen Kapitals den armen Ländern auferlegen. Immerhin hat die Schuldenfalle deutlich gemacht, wie wichtig es für die Betroffenen in der Zweidrittelwelt wäre, mehr vom Geld und Zins zu verstehen als *Nehru*. So mögen die Voraussetzungen für das Verständnis des Modells einer *„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"* inzwischen etwas günstiger geworden sein. Aber es dürfte noch ein mühsamer Weg bis zur klaren Differenzierung zwischen dem real existierenden Kapitalismus und dem Gegenbild einer monopolfreien Marktwirtschaft sein. Zudem ist eine gründliche Bestandsaufnahme der bisherigen entwicklungspolitischen Diskussion notwendig. Darüber hinaus zeigen *Werner Zimmermanns* Erfahrungen, daß sich eine Boden- und Geldreform nicht mit Hilfe von einem Dutzend Sachverständigen ‚von oben' in einem fremden Land durchführen läßt, dazu bedarf es des Rückhalts in dessen Volk und der gegenseitigen geistigen Durchdringung von alternativer Ökonomie und der Kultur desjenigen Landes, dem sie nahegebracht werden soll. Das dürfte auch für ein regionales Pilotprojekt wie *„Zirkulation statt Kumulation"* (ZIKU) gelten, das derzeit von Schweizern in Indien vorbereitet wird.[20]

Ob eine Boden- und Geldreform in einem Land wie Indien gelingen kann, ist sowohl eine Frage der Ökonomie als auch der Religion, denn der dortige Hinduismus ist ein komplex verwobenes wirtschaftliches und religiöses Ordnungssystem. Einerseits ist zu klären, ob und in welcher Höhe bei der Überführung des Bodens in ein Treuhandeigentum indischer Gemeinden Entschädigungen gezahlt werden; wie das Land gerecht verteilt wird; wie die Pacht erhoben und verwendet wird; wie die Entrechteten das selbständige und genossenschaftliche Wirtschaften lernen und wie ihre Ausstattung mit Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen, Bewässerungsanlagen und Saatgut zu finanzieren ist. Damit verbunden ist die Frage, mit welchen praktischen Mitteln die Geldpolitik parallel zur schrittweisen Landumverteilung ein allmähliches Absinken des Zinsniveaus ermöglichen kann.

Andererseits ist zu überlegen, welche Auswirkungen eine solche Sozialreform auf den Hinduismus haben könnte bzw. welches Umdenken in der Religion mit ihr einhergehen müßte.[21] Der Kern des Hinduismus wäre aus der Schale seiner machtpolitischen Ideologisierung herauszulösen. Brahmah, das Heilige jenseits von Zeit und Raum und ewiger Nährboden des Universums, ließe sich nicht mehr als Instanz zur Legitimation der gesellschaftlichen Spaltung in die Kasten der Priester, Krieger, Bauern, Handwerker, Kaufleute, der Diener und Kastenlosen sowie von Kastenprivilegien mißbrauchen.

Den Hindu-Großgrundbesitzern sollten *„Erdkloß, Stein und Gold ... gleich (sein)"* [22], so wie

sie es von den Angehörigen niederer Kasten und von den Kastenlosen erwarten. Auch über ihnen steht das göttliche Brahmah, von dem es in der *„Bhagavadgita"* heißt, daß darauf *„dieses All gereiht ist wie Perlenreihen an der Schnur. Der ewige Same bin ich auch von allen Wesen. Es gibt nichts Höheres als mich ... Die Liebe in allen Wesen – das bin ich."* [23] Die Schöpfung ist etwas Heiliges, das nicht Objekt menschlicher Habsucht und Besitzgier sein darf.

Eine Überwindung wirtschaftlicher Macht könnte den Widerspruch zwischen dem Sittengesetz und dem dharma der Kaste aufheben und das sittliche mit dem universalen dharma in Übereinstimmung bringen, ohne daß dabei der Glaube an das Rad der Wiedergeburten verletzt werden müßte. Der Kreislauf der Reinkarnationen setzt durchaus keine Kastenhierarchie voraus. Statt sich von Machtinteressen fremdbestimmen zu lassen, können sich die Seelen dabei in freier Selbstbestimmung vervollkommnen und ihr ewiges Selbst (atman) finden, wobei sich in einem weniger leidvoll erfahrenen diesseitigen Leben ein neues Gleichgewicht zwischen Lebensglück und Weltentsagung einstellen könnte.

Das Sittengesetz wird auch durch das Zinsnehmen verletzt. Während das von den Kasten gesetzte Recht der Hindus die westliche Abneigung gegen Zinsen nicht kennt, gab es *Max Weber* zufolge im ursprünglichen Brahmanentum ebenso wie in den jüdischen, christlichen und islamischen Religionen ein Verbot des Zinsnehmens.[24] Im 16. Gesang der *„Bhagavadgita"* geht es um den Gegensatz zwischen göttlicher und dämonischer Lebensführung, zwischen einem Leben in Wahrheit und Einfachheit und einem Leben, das *„nicht achtend heiliges Gesetz"* von materiellen Begierden, Trug, Habsucht und Gewalt fehlgeleitet wird: *„In hundert Hoffnungen verstrickt, der Gier verfallen und dem Zorn/Häufen sie, Lust zulieb, sich unrechtmäßig Schätze auf. Sich selbst ehrend, aufgeblasen, voll Stolz, voll Hochmut auf ihr Geld ... wandeln sie so die tiefste Bahn."* [25]

Der 2. Gesang der *„Bhagavadgita"* hebt den Unterschied zwischen Brahmah und dem irdischen Leben hervor: *„Unvergänglich ist die Macht, durch die das All gewirkt .../Vergänglich sind die Leiber nur."* [26] Von daher und auch von der hinduistischen Vorstellung ewiger Kreisläufe des Werdens und Vergehens läßt sich vielleicht ein Zugang finden zu der Überlegung, das Geld als Medium des sozialen Lebens ‚vergänglich wie die Leiber' zu gestalten, damit es sein Privileg der grenzenlosen Vermehrbarkeit und Unsterblichkeit verliert und wie das Blut im Körper stetig durch den sozialen Organismus kreist – ohne störende Unterbrechungen, die bislang von Zins- und Spekulationsinteressen ausgehen. Wenn ein solchermaßen entmachtetes Geld die Menschen nicht mehr zur Jagd nach immer noch mehr Geld und unrechtmäßig aufgehäuften Schätzen antreibt, sondern ihnen bloß noch als Tauschmittel dient, könnten die Abneigung der Hindus gegen materialistische Konsumhaltungen und die privatwirtschaftliche Initiative in Landwirtschaft, Handwerk, kleinerem und mittlerem Gewerbe sowie im Handel zum Ausgleich kommen.[27]

Der Dichter *Hermann Hesse* hat Europäer und Inder aufgefordert, sich gegenseitig als Ergänzung ihrer selbst zu erkennen und schätzen zu lernen. Im Hinblick auf Konfrontationen mit den Mächtigen und auch hinsichtlich der Werte, die das Leben in einer zukünftigen *„Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"* leiten können, haben der Hinduismus und *Gandhi* als die große Seele Indiens ein gewichtiges Wort mitzureden.

Anmerkungen

1 Indien – Eine Länderinformation der Kindernothilfe, Duisburg 1991, S. 13

2 Zitiert aus dem Nachwort von Curt Ullerich zu Mahatma Gandhi – Mein Leben, Frankfurt 1983, S. 283

3 Stellungnahme Gandhis aus dem Jahr 1934, zitiert nach Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt 1974, S. 431

4 Zitiert nach Barrington Moore (Anm. 3), S. 432

5 Zitiert nach Barrington Moore (Anm. 3), S. 432. – Hinsichtlich der Vorstellungen über dörfliches Leben gibt es ähnliche Überlegungen bei Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus; Nachdruck Frankfurt 1967.

6 Curt Ullerich (Anm. 2), S. 279

7 Barrington Moore (Anm. 3), S. 425

8 Vgl. Werner Zimmermann, Geld und Boden – Schicksalsfragen aller Völker, Bern o.J. (1966), S. 112 und Curt Ullerich (Anm. 2), S. 279

9 Barrington Moore (Anm. 3), S. 425

10 „Brot für die Welt" gibt in einer Anzeigenkampagne „Land-Los" an, daß in Indien 53 % des Landes Großgrundbesitzern gehört; vgl. Werner Onken, 1492-1992: 500 Jahre Mord, Landraub und Ausbeutung in Lateinamerika, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 94. Folge, S. 9 (spanische Übersetzung in der Zeitschrift „Socialismo y Participación"/Lima-Peru, Nr. 59/1992, S. 53-69)

11 Kindernothilfe (Hg.), Indien – Eine Länderinformation, S. 18

12 Rajan Sankaran, The Spirit of Homoeopathy, Bombay 1991. – Über die Hömöopathie in Indien vgl. J. Baur und W. Schweitzer, Ein Buch geht um die Welt – Die kleine Geschichte des Organon des Dr. Samuel Hahnemann, Heidelberg 1979, S. 84-97

13 Margrit Kennedy, Interest and inflation free money – How to create an exchange medium that works for everybody. D-3074 Steyerberg: Permaculture Publications, 1988

14 „Die Zweiteilung des Volkes in Rentiers und Lasttiere ist widernatürlich und kann darum nur durch Gewaltmittel, körperliche und seelische, aufrechterhalten werden. Gewalt aber fordert Gewalt heraus; sie ist der Krieg." (Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: Gesammelte Werke Band 11, D-2322 Lütjenburg: Fachverlag für Sozialökonomie 1991, S. 55 ff; englische Übersetzung von Philip Pye, The Natural Economic Order, London 1958). International Association for a Natural Economic Order, The Future of Economy – A Memoir for Economists, Lütjenburg 1988. Dieter Suhr, The Capitalist Cost-Benefit-Structure of Money, Berlin/New York 1989.

15 Vgl. Werner Zimmermann, Kleine Biographie, Zielbrücke-Thielle, 1943, S. 7 und ders., Mahatma Gandhi - Sein Leben und sein Werk, seine Lehren für uns alle, München 1948, S. 104 ff und 127

16 Vorträge in Bombay, Dehli, Allahabad, Calcutta, Nagpur, Wardha, Madras, Bangalore, Mysore, Agra und Banaras; Rundfunkübertragungen am 26.3.1950 in Mysore und am 28.3. in Nagpur. Presseberichte in „The Statesman" (Calcutta) vom 8.2.1950 und in „The Mail" (Madras) mit einer anschließenden Kontroverse mit Dr. Natarajan, dem volkswirtschaftlichen Berater der Regierung. In der Zeitschrift „Harijan" erschienen Beiträge von Zimmermann am 5., 7. und 12. Februar 1950 und im April 1950.

17 Vgl. Werner Zimmermann, Zu freien Ufern – Erlebnis und Ergebnis meiner Weltreise 1949/50, München 1950, S. 221-357. Die „Vorschläge zur Steigerung der Produktion" sind auf den Seiten 331-349 dokumentiert. Auf den Seiten 118-220 berichtete Zimmermann über seine Erfahrungen in Japan, wo er am 19.12.1949 vor einer Kommission des Oberhauses gesprochen hatte.

18 Vgl. Werner Zimmermann, Swatantra in Indien/Swarajya, in: Telos – Die Welt von Morgen, Nr. 10/1959, S. 286-289 und Nr. 11/1959, S. 328/329. – Ders., Freunde in Indien, in: Telos – Die Welt von Morgen Nr. 2/1962, S. 68-70

19 Vgl. Ulrich Menzel, Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Franfurt 1992

20 Matina Hämmerli und Bruno Jehle, Zirkulation statt Kumulation (ZIKU), in: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Gerechtes Geld – Gerechte Welt, Lütjenburg 1992, S. 153 ff

21 Vgl. R. C. Zaehner, Der Hinduismus – Seine Geschichte und seine Lehre, München 1986

22 Bhagavadgita/Aschtavakragita – Indiens heilige Gesänge, Köln 1987, S. 51 (6. Gesang)

23 Bhagavadgita 7. Gesang, S. 56

24 Barrington Moore (Anm. 3), S. 415. – Max Weber, Wirtschaftsgeschichte (hrsg. von S. Hellmann und M. Palyi), München 1923, S. 235 – Zum islamischen Zinsverbot, daß auch für Pakistan gilt, vgl. Roland Geitmann, Natürliche Wirtschaftsordnung und Islam, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 85. Folge 1990, S. 7-12

25 Bhagavadgita 16. Gesang, S. 90/91

26 Bhagavadgita 2. Gesang, S. 34

27 Bhagavadgita 18. Gesang, S. 98: „Viehzucht, Ackerbau und Handel sind Volkes Pflicht."

„Die Frage, welches der verschiedenen sozialökonomischen Systeme das beste ist, ist jetzt wieder aktuell geworden. Und auch ein Mann wie Silvio Gesell verdient Aufmerksamkeit. Er vertrat die Auffassung, die später durch Keynes verteidigt wurde, daß in bestimmten Situationen – speziell in Konjunkturdepressionen – eine Änderung im Geldsystem genüge, um der Notlage ein Ende zu machen. Systemkorrekturen gleich welcher Art stellen tiefgreifende Maßnahmen dar und benötigen Zeit, um diskutiert und vielleicht erprobt zu werden. Keynes war auch der Meinung, daß die Ideen von Gesell jedenfalls originell waren und einen Aspekt des Geldwesens beleuchteten, der oft übersehen wird."

Prof. Jan Tinbergen, niederländischer Träger des Ökonomie-nobelpreises, im Vorwort zu der von Dr. Willem P. Roelofs besorgten niederländischen Übersetzung von Silvio Gesells Broschüre „Wunderinsel Barataria". Utrecht: Aktie Strohalm, 1992, S. 3.

Zirkulation statt Kumulation

Ein Bonus-System als zirkulationsförderndes Modell für Entwicklungsprojekte

Ausbeutung und Almosen

Wieso leben heute, im Zeitalter des Machbaren, immer noch und mehr denn je Menschen unter dem Existenzminimum? Dies ist nur möglich durch ständige Ausbeutung einer Mehrheit von Menschen, die nichts oder fast nichts besitzen. Ein System, das weitreichende Formen der Ausbeutung legalisiert, schafft Ungerechtigkeit, Armut, Hunger und Elend und muß sich langfristig gesehen selbst zerstören. Der systemimmanente Versuch, die Folgen der Ausbeutung zu mildern, heißt Barmherzigkeit, Almosen, Geschenke. Aber bei jedem Heilungsversuch, der sich nicht an die Wurzeln wagt, sondern Symptome bekämpft, gibt es nicht beabsichtigte negative Nebenwirkungen, die oft die eigentlich beabsichtigte Wirkung übertreffen und damit sogar kontraproduktiv sind.

Geschenke zerstören den Markt. Sie schaffen verzerrte Bedingungen. Wenn z.B. die indische Regierung mit Steuergeldern Reis zu Billigstpreisen abgibt, so kann sie damit dem lokalen Reisbauern die Existenz entziehen. Dieser muß mit seiner Familie in die Stadt abwandern, und damit wird die Masse der Existenz-, Land-, Heimat- und Hoffnungslosen noch größer. Geschenke und Subventionen (letztere machen in einigen indischen Bundesländern 70% des Budgets aus) führen außerdem zu einer Mentalität, die die Lösung der Probleme von außen erwartet und die Eigeninitiative lähmt.

Ein großes Hindernis, das die Zielsetzung der Hilfsprojekte immer wieder zunichte macht, ist die Korruption. Diese hängt ebenfalls eng mit der Almosenpraxis zusammen. Die Begünstigten müssen ausgewählt werden, die Kontrolle des Geldflusses ist in der Regel durch die großen Distanzen erschwert, meist kommt zuviel Geld an einem Ort zusammen usw. Dies alles sind Faktoren, die Einzelnen große Macht in die Hände spielen. Dazu kommt der Hang der Politiker, Subventionen und Almosen als ihre persönliche Leistung vorzugeben. Oft entsteht im Umfeld der Hilfsorganisationen ein Gerangel um Zuständigkeiten. Dieser Kampf wird natürlich vor allem mit Schmiergeldern geführt.

Damit sind erst ein paar der strukturellen Folgen genannt. Erwähnt seien noch die psychologischen Folgen, der Verlust der Würde, den ein von Geschenken abhängiger Mensch trifft. Wenn unglückliche Zufälle einen Menschen in Not versetzen, so ist einmalige und bedingungslose Hilfe am Platz. Wenn aber das System durch Ausbeutung dauernd neues Elend schafft, dann sind Geschenke seitens der Profitierenden dieses Systems nur ein dazu passendes Teilstück. Unser Geld-Zins-System macht die Armen ärmer und die Reichen reicher. Almosen als Versuch eines Ausgleiches machen die Mächtigen mächtiger und die Abhängigen abhängiger. Dieser ganze, absurde Ablauf muß durch seine kumulative Tendenz letztlich, wenn uns ein Ausbruch daraus nicht gelingt, in der Zerstörung nicht nur des Menschen, sondern des gesamten Lebensraumes enden.

Das Problem heißt: *Kumulation in den Zentren statt Zirkulation in den Regionen.*

Wir alle wissen von der dramatischen Entwicklung der Großstädte. Täglich kommen Hunderttausende vom Land in die Stadt. Die Landbevölkerung ist gezwungen, den Geldströmen zu folgen. Die Ausbeutung macht auch vor der Natur nicht halt. Wenn kein Geld da ist, kann auch nicht z.B. in Aufforstung oder Bewässerung investiert werden. Solche

langfristigen Projekte wären dringend nötig, um bereits zerstörte Landschaften wieder in ihrer gesunden Vielfalt entstehen zu lassen. So aber verödet das Land zunehmend. Das spärliche Gras der versteppten Landschaft wird von magerem Vieh abgefressen, der wertvolle Dung mangels Holz als Brennmittel mißbraucht. Ganze Tagesmärsche werden zurückgelegt, um in den immer weiter entfernten Wäldern Brennholz zu schlagen und dieses in der Stadt zu verkaufen. Auch die Milch wird in der Stadt verkauft. Damit fällt ein vor allem für die Kinder wichtiger Nahrungsbestandteil weg. Was der eigenen Versorgung dienen könnte, muß in diesem kargen Umfeld als Einnahmequelle genutzt werden. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte zerfallen wegen kapitalintensiver industrieller Anbaumethoden.

Bekommt ein Dorf finanzielle Hilfe, so endet diese, auch wenn sie direkt an die Bedürftigen verteilt wird, meist beim örtlichen Geldverleiher oder in der Stadt, z. B. für dringend benötigte, medizinische Hilfe oder um eine Beamtenstelle für den Sohn der Familie zu erwerben. Wird also Geld dorthin gebracht, wo es benötigt wird, so wandert es sofort wieder ab, bedingt durch die rasch wachsenden Schuldenverpflichtungen der Armen und den kumulativen Charakter des Zinses.

Anforderungskatalog an das Zirkulationsmodell

1. Die Einführung soll stufenweise erfolgen: 1. Phase: Vertrauen bilden, 2. Phase: Zirkulation fördern, 3. Phase: Ausweitung zu einem lokalen Geldmodell.

2. Die in sich abgeschlossenen Stufen sollen als solche einen sinnvollen Beitrag zur regionalen Entwicklung bilden.

3. Eine Anknüpfung an die Erfahrungen und Probleme laufender Projekte ist unverzichtbare Voraussetzung.

4. Die INWO soll zusammen mit erfahrenen Projektpartnern an solchen Projekten arbeiten, wobei eine Anknüpfung an laufende Projekte Voraussetzung ist.

5. Der Bonus (der zirkulierende Bezugswert für deponierte Spendengelder, das Geschenk) soll in erster Linie den Arbeitenden zugute kommen, denjenigen, die konkrete Leistungen erbringen.

6. Die Bonuswerte sollen zirkulieren, sie sollen in ländlichen Gebieten Arbeit schaffen und der Konzentration der Geldwerte in den urbanen Zentren entgegenwirken.

7. Mit dem Bonus-System sollen die lokalen Ressourcen erschlossen werden, z. B. Aufforstung, Obstplantagen, Handwerk und Gewerbe für lokalen Bedarf.

8. Produkte aus subventionierter, durch das Bonus-System begünstigter Produktion sollen auf den lokalen Märkten besseren Absatz finden durch den Tausch mit Bonus-Werten.

9. Der Bonus soll gezielt zur Aufwertung der Hungerlöhne außerhalb der landwirtschaftlichen Anbauzeiten eingesetzt werden. Wenn genug lokale Arbeit vorhanden ist – kein Bonus.

10. Der Bonus soll für die Arbeitgeber möglichst wenig Einfluß auf die lokalen Löhne haben. Ein Ansteigen des Lohnniveaus soll erst nach erfolgreichem Erschließen neuer Ressourcen erfolgen.

11. Das Bonus-System soll die Rückzahlung von Krediten aus Revolving-Fonds erleichtern.

12. Das Bonus-System soll steuerbar sein und bei Bedarf ausgeweitet oder eingegrenzt werden können.

13. Das Bonus-System muß bei Bedarf ohne Verluste für die lokalen Teilnehmer abgebrochen werden können. Die umlaufenden Werte müssen gedeckt sein. (Politischer Druck, Mißtrauen etc.)

14. Bonus-Werte laufen parallel zur Landeswährung.

15. Die entstehenden Kosten des Bonus-Systems müssen kalkulierbar sein.

16. Anfallende Kosten für Herstellung, Verwaltung, Informations- und Schulungsauf-

wand sollten nach Möglichkeit mit den Zinsen der deponierten Deckungsgelder beglichen werden.

17. Der Bonus soll mittelfristig gezielt dort fördern, wo eine Unterstützung sinnvoll ist. Eine Verlagerung der Unterstützung von den Löhnen zu den unternehmerischen Anreizen soll möglich sein.

18. Das Bonus-System soll vordergründig nicht attraktiv erscheinen, um politischem Druck und unangemessenen Erwartungen auszuweichen und um das Abwandern von Bonuswerten zu verhindern.

19. Das Bonus-System soll langfristig die Lenkung von Subventionen ermöglichen. Subventionen sollen ins Bonus-Revolving-System einfließen.

20. Mit dem Bonus-System soll die bessere Erschließung der lokalen Ressourcen, bessere Arbeitsauslastung sowie ein Lerneffekt der Beteiligten erreicht werden. Da ein Einzelner keinen Wert daraus ziehen kann, der Mehrwert erst im Tausch entsteht, ist in der ersten Zeit durchaus mit Mißbrauch durch Handel oder Übervorteilung zu rechnen. Das läßt sich aber so oder anders nicht verhindern. Wert zu legen ist auf optimale Aufklärung und frei zugängliche Information.

21. Das Bonus-System soll langfristig mit einer Umlaufsicherung versehen sein, was ein Liegenlassen der Bonus-Werte verhindert. Die Laufzeit der Bonus-Werte kann beschränkt und mit der Kreditvergabe für Revolving-Fonds gekoppelt werden.

22. Das Bonus-System soll längerfristig die Funktion einer lokalen Ersatzwährung einnehmen können, wenn zur Kreditschöpfung in Bonus-Werten übergegangen wird. Solches ist erst nach Abklärung und Ausweitung der in der Anfangsphase gemachten Erfahrungen und auf breiterer Basis abgestützt denkbar, wobei die politischen und strukturellen Dimensionen erst nach vorweisbaren Erfolgen dargelegt werden.

23. Der Prozeß soll von Anfang an systematisch dokumentiert und dem interessierten Publikum (international) zur Verfügung gestellt werden. Publikationen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Ökologie, alternative Ökonomie etc. sind vorzusehen.

24. Das Bereitstellen finanzieller Hilfe nach Abschluß der Planungsphase ist wesentlich.

Theoretische Überlegungen und Zielsetzung

Vorab ist wesentlich, daß die Beteiligten Vertrauen in die in Umlauf gebrachten Bonus-Werte haben. Dies ist nur durch einen relativ raschen Demonstrationseffekt möglich. Wer im Besitz von Bonus-Scheinen ist, muß schnell die Erfahrung machen, daß diese von den bezeichneten Vertragspartnern in Zahlung genommen werden.

Die eingesetzten Mittel sollen den Wert der unterbezahlten Arbeit außerhalb der Anbauzeiten erhöhen. Daneben soll es den Beziehern von „Revolving-Fonds-Krediten" erleichtert werden, Rückzahlungen zu leisten. Auf der einen Seite wird also die Kaufkraft erhöht, auf der anderen Seite werden die unternehmerischen Anreize verstärkt. Dadurch, daß die in Umlauf gebrachten Bonusscheine als solches keinen Wert haben, sondern nur durch die Möglichkeit der Rückzahlung von Darlehen eingelöst werden können, wird ein Abfließen der Werte aus dem lokalen Raum verhindert. Subventionen und Lohnerhöhungen werden also von einer Zirkulation der Werte abhängig gemacht. Der reelle Mehrwert entsteht im Gegensatz zu einem Geschenk oder einer Subvention erst durch das Zusammenwirken von Arbeit und unternehmerischer Leistung. Genau das sind die Voraussetzungen zur besseren Erschließung der lokalen Ressourcen. Dabei ist der Markt für die subventionierten Güter und Leistungen regional limitiert.

Wesentlich ist vor allem aber, daß zur Erzielung eines reellen Bonus-Wertes die Arbeitenden auf die Unternehmer und umgekehrt angewiesen sind. Je besser sie ihre jeweiligen Bedürfnisse befriedigen oder ihre Angebote vermarkten, desto rascher kommen sie in den Genuß der real geleisteten Subventionen. Im

Gegensatz dazu besteht die Gefahr, daß Subventionen, die nicht an eine Zirkulation gekoppelt werden, liegenbleiben oder veräußert werden. Es ist eine gängige Praxis in Indien, daß z.B. subventionierte Wasserpumpen mit Gewinn weiterverkauft werden, was der sozialen Struktur doppelten Schaden zufügt: erstens wird der Markt der Wasserpumpen geschädigt, zweitens wird ohne reelle Leistung ein Wert erzielt, d.h. der moralische Wert der Arbeit wird geschädigt.

Die Aufwertung der Arbeit und die Förderung der Zirkulation wird somit nur durch die Koppelung der Subventionen an ein Zirkulationsmodell erreicht. Das wird vor allem dann sichtbar, wenn ein „Revolving-Fonds" an einen Bauern zum Landerwerb vergeben wird. Er kann nun bestimmte Produkte gegen diese Bonus-Scheine verkaufen, in dem Maße, bis er das Darlehen zurückbezahlt hat. Noch deutlicher wird es, wenn die Kooperative nun gleich das Ladenlokal bauen läßt, die monatliche Miete aber neben der Landeswährung auch in Bonus-Werten akzeptiert.

Einführung des Modells in drei Phasen

1. Phase: Vertrauen bilden

In Entwicklungshilfeprogrammen ist es in der Regel ausgeschlossen, sofort mit einem vollumfänglichen Geldmodell anzufangen. Es ist wahrscheinlich, daß den Bonus-Werten anfänglich mit großem Mißtrauen begegnet wird. Vor allem in Indien ist Armut zum Beruf geworden. Die Menschen sind daran gewöhnt, sich Vorteile dadurch zu erkaufen, daß sie ihre Macht bzw. ihre Rechte abgeben. So wird z.B. jeweils derjenige Politiker gewählt, der die größten Versprechungen (betr. Subventionen, Quoten etc.) macht. Eine Einrichtung, die die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der eigenen Dorfbevölkerung zum Ziel hat, wird nicht ohne weiteres begriffen werden. Dieses Mißtrauen abzubauen und ihm erste, positive Erfahrungen entgegenzusetzen ist Ziel der ersten Phase. So kann z.B. notfalls das Projekt abgebrochen werden, indem die Bonuswerte in Landeswährung umgetauscht und damit Verleumdungen und „Unglaube" widerlegt werden.

Auch kann in dieser Anfangsphase auf die Kreditvergabe verzichtet werden. In diesem Fall würden die Bonusscheine direkt innerhalb des Projektes gegen Güter- und Dienstleistungen eingetauscht.

2. Phase: Zirkulation fördern

Der nächste Schritt führt nun hin zum eigentlichen Modell. Der lokale Markt soll aktiviert werden, indem dort Bonuswerte gegen lokal produzierte Güter und Dienstleistungen eingetauscht werden. Bauern und Kleingewerblerinnen werden unterstützt, indem sie die Möglichkeit haben, zu investieren, ohne daß sich ihre Schulden kumulieren, und indem der Absatz durch die Ausgabe von Bonus-Werten garantiert wird. Die Arbeiterinnen werden unterstützt, indem das tödliche Lohngefälle zwischen Ernte- und Trockenzeit und zwischen Mann und Frau (und Kindern) durch Bonus-Werte angeglichen wird. Außerdem eignen sich die erworbenen Bonus-Werte eher zur Deckung der Grundbedürfnisse als die Landeswährung, da die entsprechenden Anbieter bei der Kreditvergabe berücksichtigt werden. Auch im Bildungssektor können für die arme Bevölkerung ganz neue Chancen entstehen.

3. Phase: Alternatives Geldmodell

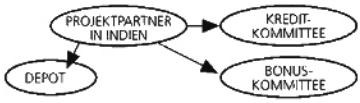
Zum eigentlichen Geldmodell kommt es erst, wenn auch die Kreditvergabe in Bonus-Werten erfolgt. Das wird erst der Fall sein, wenn die Beteiligten positive Erfahrungen mit dieser neuen Einrichtung gemacht haben und diese sich auf regionaler Ebene etabliert hat. Bis dieser Zustand erreicht ist, rechnen wir mit einer Zeitspanne von drei bis fünf Jahren. Bevor die 3. Phase eingeleitet wird, muß die Gesetzgebung des Landes studiert und die konkrete Ausführung des Modells dieser angepaßt werden.

ABLAUFDIAGRAMME BONUS-SYSTEM

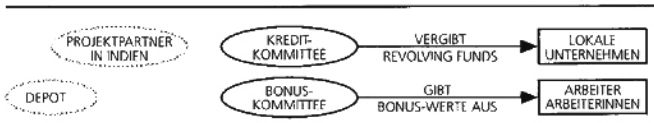
BONUS ABLAUFDIAGRAMM 1 OKTO 92 B.K.

2. PHASE: ZIRKULATION FÖRDERN

1. Ein Zusammenarbeitsvertrag wird gemeinsam erarbeitet, wesentliche Punkte: Verantwortungsbereiche, Laufzeiten, Kriterien der Kreditvergabe an das lokale Gewerbe, Kriterien der Bonus-Werte Ausgabe an die ArbeiterInnen etc. Entwicklungshilfegelder werden der indischen Organisation überwiesen.

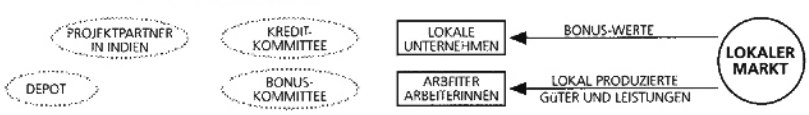


2. Die Partnerorganisation erarbeitet einen Durchführungsplan. Auswahl und Schulung der Kommitteemitglieder, Informationen für die Öffentlichkeit etc. 50% der zur Verfügung stehenden Gelder werden als Depot angelegt, 50% werden dem Kreditkommittee für zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt. Das Bonus-Kommittee wird autorisiert, anlaog der Kreditvergabe Bonus-Werte auszugeben.



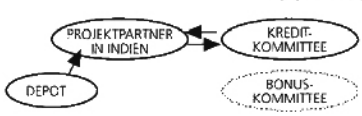
3. Die beiden Kommittees geben entsprechend den Verträgen (1) Kredite in Landeswährung und eine entsprechende Menge Bonus-Werte aus. Diese werden als Lohnzusatz ausgegeben und werten die Hungerlöhne ausserhalb der Indwirtschaftlichen Anbauzeiten auf.

4. Auf dem lokalen Markt begegnen sich gestiegene lokale Kaufkraft in Bonus-Werten mit breiterem Angebot, durch begünstigte Kredite.

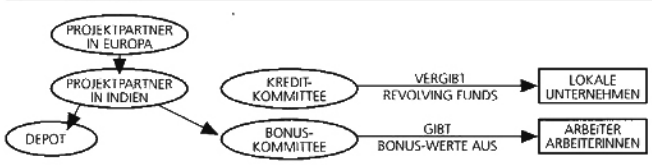


5. Die Arbeitenden kommen in den Genuss von lokalen Produkten und Leistungen, die Unternehmen erhalten durch den steigenden lokalen Absatz Mittel, ihre Schulden zu begleichen.

6. Die Kreditrückzahlung kann in Landeswährung oder in Bonus-Werten erfolgen. Die Rückzahlung der Kredite mit Bonus-Werten bringt dem Unternehmen Vorteile und wird bevorzugt.

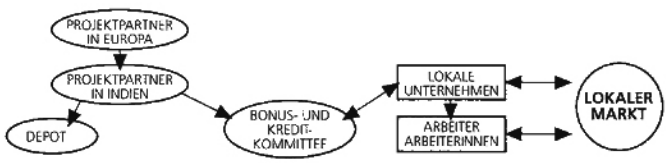


7. Das Kreditkommittee kann zu bestimmten Terminen die zurückgelaufenen Bonus-Werte gegen Landeswährung eintauschen. Der lokale Projektträger wird dazu auf die deponierten Gelder zurückgreifen.

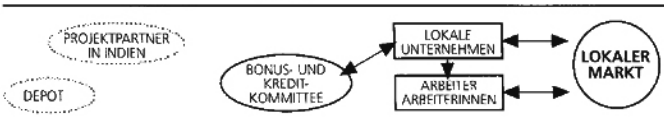


8. Sofern von der europäischen Entwicklungshilfeorganisation die ausgegebenen Gelder wieder ersetzt werden, kann bei Punkt 2 wieder eingesetzt werden, ansonsten kann als reines Revolving Fond Projekt ohne Bonus-Werte weitergearbeitet werden, je nach Möglichkeiten. Das Kreditkommittee verfügt so oder so über die gleichen Mittel wie bei Punkt 3.

3. PHASE: ALTERNATIVES GELDMODELL



Voraussetzung für die Ausweitung des Bonus-Systemes zu einem lokalen Kredit- und Zahlungsmittel sind:
- positive Entwicklung der 2. Phase
- die gesetzlichen Grundlagen lassen dies zu
- Akzeptanz bei den politischen Machtträgern



Wenn die deponierten Gelder nicht ausgeschüttet werden sondern zur Kreditgewährung in Bonus-Werten übergegangen wird, kann sich ein alternatives Geldmodell entwickeln.

PERSONALIEN

Hein Beba

* 9.1.1904 † 21.12.1992

„Begegnet mit der Tod, grüß ich als Bruder ihn. Aus ihm bin ich geschehn und geh in Ihn. Leis geht die Türe zum andern Leben auf. So hört die Liebe, hör ich nicht auf." Diese tröstenden Worte aus einem Lied von *Hans Roelli* waren der Nachricht vom Tode *Hein Bebas* begegeben. Nach zwei Herzinfarkten ist er friedlich in die höhere Welt hinübergegangen. Trotz seines gesegneten Alters wurde er auch selbst vom Tod überrascht, denn im Herbst war er noch mit seiner Frau *Hilde* von Konstanz an den Untersee umgezogen, um den nächsten Sommer in seinem blühenden Garten erleben zu können.

Mit *Hein Beba* ist einer der letzten Freunde aus dem Kreis derer gegangen, die – tief erschüttert durch den Ersten Weltkrieg – empfänglich geworden waren für die Ziele der Friedensfreunde und Sozialreformer. In der Zeit der großen Inflation überzeugten ihn die Vorschläge *Silvio Gesells,* die Wirtschaft durch ein entmachtetes Geld herrschaftsfrei zu ordnen. Doch ging es *Hein Beba* um mehr als nur um Konjunkturstabilität. Vor seinem geistigen Auge sah er Wege zu sozialer Gerechtigkeit und zum Frieden, und er empfand es als seinen inneren Auftrag, dieses Bild auch an andere Menschen weiterzugeben. Zunächst begann *Hein Beba,* selbst Vorträge zu halten. Er entwickelte sich dann aber nicht zum Theoretiker, sondern zum Organisator, dem es dank seiner warmherzigen Ausstrahlung und Kontaktfreudigkeit jahrzehntelang immer wieder gelang, Menschen miteinander zu vernetzen und ein gemeinsames Nachdenken über Wege in eine lebenswerte Zukunft anzuregen. Ende der 20er Jahre gründete er im Ruhrgebiet den *„Freiwirtschaftlichen Jugendverband"* (FJVD), um vor allem jene Jugendbewegten, Lebensreformer und Wandervögel zu sammeln, die die Notwendigkeit einer grundlegenden Wirtschaftsreform erkannt hatten. Der FJVD wandte sich auch an Industriearbeiter und Ruhrkumpel, denen sich *Hein Beba* als Bergbauschreiner verbunden fühlte. Dann kam die braune Barbarei, von der er sich fernhalten konnte. Persönliche Schicksalsschläge und Existenznöte bewogen ihn 1938, sich in Konstanz als Reformhausinhaber selbständig zu machen. Nach 1945 wurde *Hein Beba* bald wieder aktiv – sowohl in der Leitung der *„Neuform"* als auch in freiwirtschaftlichen Organisationen. Wesentlichen Anteil hatte er an der Entstehung des Silvio-Gesell-Heimes in Neviges bei Wuppertal.

In den Jahren des Wirtschaftswunders wurde es immer schwieriger, Interesse für das Zukunftsbild einer Natürlichen Wirtschaftsordnung zu wecken. Und in den 70er Jahren hatte es gar den Anschein, als würde die Gesellsche Denkschule eingehen. In dieser Phase des schwierigen Generationswechsels legte *Hein Beba* zusammen mit dem Schweizer *Otto Haag* den Grundstein zur *„Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung"* (INWO), die inzwischen zu einer wichtigen Stütze für die Wiederbelebung des Freiwirtschaftsgedankens geworden ist. *Hein Beba* und seine Frau *Hilde* bildeten die eigentliche organisatorische Stütze für die INWO-Tagungen in Wörgl 1983, St. Vith 1987 und auch noch in Konstanz 1991. Die beiden verbanden Idealismus mit einem guten Sinn für das Praktische und lebten trotz ihres Alters eine Begeisterungsfähigkeit und Dynamik vor, die viele Jüngere staunen ließ. In den letzten zehn Jahren konnte ich *Hein* und *Hilde Beba* häufiger aus der Nähe erleben, wodurch ein freundschaftliches Vertrauen wuchs. Besondere Erlebnisse waren jene Stunden, in denen *Hein* aus früheren Tagen seines Lebens erzählte. Beim Zuhören entstand das Gefühl, Geschichte des 20. Jahrhunderts wirklich leibhaftig vor mir zu haben.

Nun fehlt uns in der INWO und in den anderen freiwirtschaftlichen Organisationen dieser gute Freund. Wir teilen den Schmerz mit seiner Frau und wünschen ihr, daß sie wieder Kraft und Zuversicht finden möge. Zur Trauer gehört aber auch die Dankbarkeit, daß wir *Hein Beba* so lange bei guter Gesundheit an unserer Seite haben durften. Er hat mir einmal erzählt, daß er in den schweren Zeiten des Krieges immer das Buch *„Siddharta"* von *Hermann Hesse* bei sich trug und darin Mut für das Weiterleben fand. Er schätzte östliche Weisheiten genau so wie die christliche Überlieferung und glaubte an die Aufrichtung des Lebens von der niederdrückenden Herrschaft Mammons. *Hein Beba* verstand sich als ein Sämann, der viele Gedankenkörner ausstreute, um an der Vorbereitung jenes späteren sozialen Friedens mitzuwirken, der einmal die wunderbare Harmonie des Kosmos vollenden soll. Dafür lebte er, diese Hoffnung strahlte er aus, und dafür wollen wir ihm dankbar sein.

Werner Onken

DISKUSSION

Bar- und Buchgeld

Erwiderung zu Helmut Creutz „Geld und Guthaben"

in „Zeitschrift für Sozialökonomie" 93. Folge 1992

Mein Aufsatz verstand sich nur als Anstoß, in einen Denk- und Gesprächsprozeß über die bestimmenden Faktoren auf dem Geld- und Kapitalmarkt einzutreten. Ebenso wie man eine Bilanz als statische Anhäufung positiver und negativer Wirtschaftsgüter oder als Ausdruck dynamischer gegengerichteter Stromgrößen sehen kann, gewinnt man auch dem Geld- und Kapitalmarktgeschehen unterschiedliche Erkenntnisse ab, je nachdem ob man das nachfragende Geld und den antwortenden Güterstrom als Mengengröße oder Stromgröße versteht.

Gelingt es beispielsweise das Kapitalmarktangebot auf ein marktfremdes Wirtschaftsgeschehen (Waffenproduktion, Atomanlagen) umzuleiten, so steht der marktnahen Kreditnachfrage ein verringertes Kapitalangebot gegenüber, das die Zinssätze hoch hält, obwohl ohne diese Marktverfremdungen Zinssenkungstendenzen auftreten müßten. – Bei einem solchen ersten Wurf schleichen sich Fehler ein, die *Helmut Creutz* erfreulicherweise berichtigt hat. Eine solche Arbeit baut aber notwendigerweise auf dem Geldbegriff auf, und hier sehe ich mich in den Voraussetzungen nicht widerlegt.

Hinsichtlich des Vergleichs zwischen Wohnungs- und Kapitalmarkt kann ich *Creutz* ohne Einschränkung folgen. Die Unterschiede der Marktformen beeinträchtigen den Vergleich, zu dem mich die Plastizität des Bildes verführt hatte.

„Und diese Wechselwirkungen würden sich (sc. bei der Umlaufsicherung auf Bargeld) vom (sc. Bar-)Geld auf die unterschiedlichen Guthabenbestände übertragen."

Eine Übertragungswirkung soll wegen der Verwobenheit der Geldformen und Märkte nicht bestritten werden. Es fragt sich nur, in welcher Weise, in welchem Umfang und mit welcher zeitlichen Verzögerung. Das entscheidet darüber, ob man es bei einer Umlaufsicherung auf Bargeld belassen kann oder ob auch das Buchgeld zur Verstetigung des Wirtschaftsgeschehens und zu rascher Zinssenkung einbezogen werden muß.

Der Hinweis von *Creutz*, daß eine „Hortung" bei Sichtguthaben nicht drohe und deshalb eine Umlaufsicherung auf dieses Medium nicht erforderlich sei, war der eigentliche Anlaß meines Aufsatzes. Wer die Aufgabe der Umlaufsicherungsgebühr nur in dem Hortungsgeschehen sieht, der muß so folgern, während man zu einer anderen Beurteilung kommt, wenn man als Hauptursache die Verfälschung des Marktgeschehens durch Fehlallokation durchaus sich bewegender Geldströme sieht. Hier halte ich eingehendere Untersuchungen für dringend erforderlich.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Zinslastschwankungen und Krisen gehe ich mit *Creutz* wieder voll einig. – Von meiner Forderung 2 (hundertprozentige Bindung der Kreditgewährung an die Zentralbankgelddeckung) rücke ich ab. Sie ist zu Recht aufklärenden Gesprächen zum Opfer gefallen.

Die Untersuchungsergebnisse von *Andreas Spangemacher* werden von *Creutz* und mir unterschiedlich interpretiert. In vielen Punkten ist Klärung erzielt. Naturgemäß sind die Kreditmultiplikationsrechnungen an die Beine Mindestreserve und Barreserve gebunden und stürzen mit ihnen. Die Mindestreservepflicht legt den Banken – jetzt unstrittig – keine Kreditgewährungsgrenze auf. Hinsichtlich der Barreserve verneint *Spangemacher* die reale Anbindung an das Kreditgeschehen, weil die Bundesbank faktisch von den Geschäftsbanken gezwungen werden kann, bei Bedarf mit zusätzlichem Bargeld nachzuhelfen. *Creutz* folgert daraus die Bindung der Banken bei der Kreditgewährung an die ihnen von den Kunden überlassenen Bargeldsummen, während ich der Auffassung bin, daß die Banken somit bei der Ausleihe von Krediten nur noch an die Regeln der Bankenaufsicht gebunden sind. Auch diese Frage bedarf noch der klärenden Aufarbeitung.

An der Frage *„Was ist Geld"* kommt man nicht vorbei. Entstehen Sichtguthaben nur unmittelbar oder mittelbar durch Überlassung von Bargeld an Banken, so hat *Creutz* recht. Kann die Bank Kredit gewähren, der nicht auf Bargeldhingabe beruht, so trifft meine Gelddefinition in vollem Umfang zu und der Ausdruck „Guthaben" muß, da zu eng, falsch sein. Natürlich kann man Einkommen nur einmal ausgeben. Wenn aber das kreditweise eingeräumte Guthaben nicht auf Ansparung beruhen muß und trotzdem zu Käufen überweisungsweise benutzt werden kann, so wurde zusätzliches Geld, eben Buchgeld, geschaffen, das neben dem Einkom-

men mitbietet, das nie als Einkommen erzielt wurde, das einen Preisanstieg auf eine höhere Geldmengenebene bewirkt und laufender Geldvermehrung oder -verringerung in Anpassung an das Marktgeschehen und seine Zinsbewegungen unterliegt. Diese Grundfrage kann nur mit ja oder nein entschieden werden. Muß sie mit ja beantwortet werden – und ich sehe mich durch *Spangemacher* nicht widerlegt, sondern bestätigt –, so dehnt sich ein weites Feld, das in der freiwirtschaftlichen Lehre zinstheoretisch eingehender Aufarbeitung bedarf. Zwar kann Einkommen nur einmal ausgegeben werden; Kreditgeld beruht aber nicht zwingend auf eigenem oder fremdem Einkommen. Der Kreditnehmer zwingt durch die mitbietende Wirkung des Buchgeldes die Einkommensbezieher zu „Nachfrageverzicht" durch inflatorische Verfälschung des Preisniveaus. Damit gewinnen auch die „Abschreibungsverluste" Konturen. Ich bestreite nicht, daß die ausgebuchten Gelder aufgrund Verlustrisikos über die Zinsmarge und die Verlustabschreibungen ausgeglichen werden. Fordert aber die Wirtschaft aufgrund unerträglicher Zinsen weniger Kredite und gibt geschaffenes Kreditgeld zurück, so vermindert sich die Gesamtgeldmenge, wenn Kredite auch ohne erkennbaren Bargeldbezug gewährt worden waren. Dann läßt sich das inflatorische Geschehen über Zinserhöhungen rein buchgeldtechnisch bremsen oder zurückführen. Es bedarf keiner Betonung, daß diese im geltenden Geldsystem wohl unvermeidliche Methode der Inflationsbekämpfung abzulehnen ist, weil sie den schaffenden Unternehmen dringend benötigte Mittel entzieht, die Inflationsgewinnler an ganz anderer Stelle leistungslos bezogen haben.

Aufsatz, Antwort und Erwiderung zeigen, daß man um die Erörterung der grundlegenden geldtheoretischen Fragen nicht herumkommt. Es lassen sich auf der unterschiedlichen Grundlage Buchgeld oder bloßes Guthaben zwei in sich stimmige Deutungssysteme unseres Wirtschaftsgeschehens aufbauen, von denen das eine nach der Umlaufsicherung für Bar- und Buchgeld ruft, während das andere ebenso konsequent eine bloße Umlaufsicherung auf Bargeld für ausreichend und zweckmäßig bejahen muß.

Verschleiert wird das Geschehen durch die haftungsrechtlich und bankenaufsichtlich geforderte Bindung des Ausleihvolumens an das Eigenkapital der Bank und an ausgesuchte Aktiva des Bankvermögens. Diese Anbindung ist für Fragen der Technik der Umlaufsicherung schwer quantifizierbar und kann unterlaufen werden, weil der Geldschöpfungsprozeß systembedingt nicht von den Geschäftsbanken ausgeht, sondern ihnen aufgezwungen wird.

Ich halte Einzeluntersuchungen zu jeder aufgeworfenen Spezialfrage für erforderlich, die aber den Zusammenhang des gesamten Fragenkreises nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Johannes Jenetzky

Stellungnahme zur Erwiderung von Johannes Jenetzky

Die vorstehende Erwiderung von *Johannes Jenetzky* auf meinen Beitrag *„Geld und Guthaben"* in Nr. 93 dieser Zeitschrift hat in etlichen Punkten Übereinstimmung ergeben. Offen geblieben sind jedoch – wie *Jenetzky* zutreffend schreibt – wichtige *„Spezialfragen"*, die in *„Einzeluntersuchungen"* weiter diskutiert und geklärt werden sollten. Diese vorgeschlagene isolierte Behandlung der einzelnen noch offenen Fragen kann auch aus meiner Sicht die weitere Diskussion wie auch eine Verständigung erleichtern. Dabei könnte es zweckmäßig sein, innerhalb der eingegrenzten Fragenkomplexe das theoretische Umfeld, die praktischen Auswirkungen wie deren Bedeutung für die grundsätzlich zu lösenden Geldprobleme nochmals getrennt zu behandeln. Also für jene Problemfelder, bei denen eine weitgehende Übereinstimmung besteht. Dazu würde ich die zinsbedingte Einkommensumverteilung zählen, die Ursachen und Folgen der unzureichenden Geldmengensteuerung sowie die Wirkungen unseres heutigen Geldes auf das Wirtschaftswachstum und die Umwelt. Ebenso gehe ich davon aus, daß Übereinstimmung in der Notwendigkeit einer zinsunabhängigen Umlaufsicherung für das Geld besteht.

Da hier nicht der Raum für eine detaillierte Behandlung gegeben ist, will ich nachfolgend die aus meiner Sicht wichtigsten offenen Fragen benennen, ergänzt durch weitere Unterfragen und einige Anregungen für die weitere Diskussion.

1 Schöpfen Banken mit Krediten ungedeckte Kaufkraft?

Zu dieser Frage wären vielleicht als erstes die Schöpfungstheorien auf ihren Realitätsgehalt hin zu überprüfen. Einmal die in den meisten Lehrbüchern dargestellte Theorie von der *„multiplen Geldschöpfung"*, nach der die Banken aus einer Einlage ein Vielfaches an Krediten gewähren können. Zum

zweiten die Theorie von *Andreas Sprangemacher,* der als Bilanzbuchhalter eines größeren Kreditinstituts der Auffassung ist, daß jede Bank Kredite auch ohne Deckung durch Spareinlagen vergeben kann. Nach seiner Sicht ist das deshalb möglich, weil sich in Folge der Ausgabe des Kreditbetrags durch den Kreditnehmer bei anderen Marktteilnehmern Guthaben ergeben, die den Kredit nachträglich decken.

Weiter wäre zu klären, welche Bedeutung diese Theorien in der Praxis haben, ob dort geschöpfte Beträge nachweisbar sind, in welchen Größenordnungen sie sich bewegen oder – wenn das nicht bewiesen werden kann – ob es wenigstens überzeugende Indizien für eine solche Kaufkraftschöpfung gibt. Denn letztlich ist es nicht entscheidend, ob die Banken zu einer solchen Schöpfung theoretisch in der Lage sind, sondern ob sie es auch tun. Die Aussage, daß jede Bank bilanztechnisch Geld schöpfen kann, ist ebenso bedeutungslos wie die Aussage, daß jede gute Druckerei drucktechnisch zur Falschgeldherstellung in der Lage ist. Darüber, daß solche Kaufkraftschöpfungen – ob durch ungedeckte Geldscheine oder ungedeckte Kredite – inflationäre Folgen haben müssen, besteht sicherlich wieder Einigkeit.

2 Was ist Geld und was sind Guthaben?

Hier müßte zuerst einmal Übereinstimmung in den Begriffen gefunden werden, auch wenn man diese Begriffsübereinstimmungen nur als Arbeitshilfe benutzt. Das gilt vor allem für den Geldbegriff. Die heute fast schon ins Uferlose gehende Ausweitung dieses Begriffes in den Guthabenbereich und sogar darüber hinaus erschwert nicht nur jede Diskussion über das Geld, sondern macht letztlich auch die Geldmengensteuerung zu einer immer fragwürdigeren Angelegenheit.

Geht man davon aus, daß Geld das ist, was die Notenbank in Umlauf setzt, also Banknoten und Münzen, dann kann man Geld mit *Jenetzky* als Anspruch an das Sozialprodukt bezeichnen. Geldguthaben wären dann ein Anspruch auf Geld. Schwieriger wird die Definition allerdings bei den Sichtguthaben, da diese nicht nur Ansprüche auf Geld darstellen, sondern gleichzeitig – alternativ zum Geld – zur Marktnachfrage benutzt werden können.

Zu klären wäre also weiterhin, ob diese Doppelfunktion der Sichtguthaben (einmal Nachfragemittel für den Guthabenbesitzer und zum anderen Kreditmittel für die Bank) zu Problemen führt, vor allem im Hinblick auf die Inflation. Zu prüfen wäre weiter, ob es im Hinblick auf diese Doppelfunktion nicht sinnvoll oder gar notwendig wäre, die Sichtguthaben aus dem Kreditpotential der Banken herauszulösen und sie als zweites Instrument der Marktnachfrage dem Geld zuzuordnen. Damit würde auch die heute uneingegrenzt benutzte Bezeichnung „Buchgeld" sachlich für diese Bestände akzeptabel und eine Zusammenfassung von Bargeld und „Buchgeld" (oder Giral- oder Verrechnungsgeld) als „Nachfragepotential" denkbar. Vor allem aber könnten damit auch klare Verhältnisse im Bereich der Guthaben geschaffen werden, die mit der „Geldmenge" absolut nichts mehr zu tun haben. Vielmehr handelt es sich dabei nur noch um überschüssige Einkommen bzw. Kaufkraftbestände, die man über Banken anderen überlassen hat und über die man selbst erst wieder nach der Rückgabe verfügen kann. Das heißt, diese Kaufkraftüberlassungen und -zurückerstattungen haben keinerlei Auswirkungen auf die gegebene Kaufkraft. Wie sie sich auch größenmäßig entwickeln mögen: Sie bewirken immer nur eine Verlagerung von Nachfragemöglichkeiten. Mit der Ausklammerung der Bestände auf den Girokonten wäre auch das Kreditpotential der Banken glasklar auf die wirklichen Guthaben einzugrenzen, gleichgültig ob diese durch Bargeldeinzahlungen oder Übertragungen von einem Girokonto gebildet werden.

3 Was müßte von der Notenbank per Umlaufsicherung gesteuert werden?

Hier wäre zuerst einmal zu klären, ob mit Sichtguthabenbeständen der Nachfragekreislauf unterbrochen, also Nachfrage auf Girokonten „gehortet" werden kann, bzw. ob die heutigen Ausleihungen dieser Bestände durch die Banken das verhindern.

Weiter wäre zu prüfen, welche Wirkungen mit der Umwandlung von Bargeld in Giralbestände und umgekehrt verbunden sein können, vor allem vor dem Hintergrund evtl. Inflationswirkungen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen kann dann Aufschluß geben über die erforderlichen Maßnahmen, die von der Notenbank zu treffen sind, auch in bezug auf die Umlaufsicherungstechnik. Weiter ist zu untersuchen, ob erreicht werden kann, daß allein über die Bargeldschiene, also von der Notenbank, die Kaufkraft in der Wirtschaft gesteuert werden kann, und ob das heute bereits im vollem Umfang der Fall ist.

Weitere zu klärende Einzelfragen werden vielleicht die Zusammensetzung des Zinses betreffen, die Wirkungen eines Nullzinses auf Einkommen und Konjunktur, die Bedeutung des Unternehmerge-

winns bei neutralisiertem Zins, die Notwendigkeit bzw. der derzeitige Sinn der Mindestreserven. Weiter könnte die Bedeutung der Fristentransformation im heutigen Bankgeschehen untersucht werden, die Frage der eskalierenden Währungsspekulationen und ihrer Einschränkung, die rechtlichen Fragen aller Eingriffe und Veränderungen im Geldbereich oder auch die von *Jenetzky* angesprochene Klärung der dort gegebenen Mengen- und Stromgrößen sowie die Vorgaben der Bankenaufsicht im Hinblick auf die Kreditgewährungen u. a. m.

Es wäre zu wünschen, daß die angesprochenen Fragen, einzeln und umfangmäßig vorgegeben, in dieser Zeitschrift sach- und praxisbezogen diskutiert werden. Auch wenn sich viele Argumente wiederholen werden, kann es nur so bei unterschiedlichen Meinungen zu sachlichen Klärungen und Übereinstimmungen kommen.

Helmut Creutz

BÜCHER

Anton Kimpfler

Vom Umgang mit der Macht des Geldes. Die Kunst des Zugriffs auf die Welt.

Wies: Anders-Leben-Verlag, 1989. 166 S.

Dieses Buch wurde geschrieben *„im Ringen mit der Gegenkraft des Materiellen, die nur geistig zu bemeistern ist"* (Tagebuch, 10.1.86) In einem mehrjährigen Ringen, dessen hintergründiger Leitfaden *Rudolf Steiners Lehre* von der Sozialen Dreigliederung war. Sie wird jedoch nicht als Dogma aufgefaßt, vielmehr als ein Suchen nach Lösungen, in die sich der Suchende selbst einbringen muß, wenn er wahrhaftig sein und Überzeugungskraft ausstrahlen will. Auch nicht als abstrakte Idee von der Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben, die der Wirklichkeit übergestülpt werden könnte, sondern als konkrete Frage an mich selbst: wie gehe *ich* mit dem Gelde eigentlich um?

Die Freiwirte setzen hingegen meist auf einen staatlichen Eingriff, der das Geld mit einem Schwundsatz belasten sowie mengenmäßig regulieren und unter Umlaufzwang stellen soll. So entstünde ein gerechtes Geld und daraus die gerechte Welt. Aber ist nicht der Staat selbst in den Bannkreis des Geldes gezogen und in gewisser Hinsicht sein Herrschaftsinstrument? *Kimpfler* hat sich auch mit *Gesell* befaßt, fand ihn jedoch schwierig. Was für *Gesell* die Überwindung des Urzinses, ist für ihn eine Frage des bewußten und rücksichtsvollen Umgangs mit dem Geld. Um mit dessen Übermacht fertigzuwerden, müsse man ihm zunächst in innerer Freiheit gegenübertreten. Diese Übermacht ist gleichsam eingefroren, weshalb sie nur durch *„neue soziale Wärme"* aufgetaut werden könne.

Solche Wärme entsteht nach *Kimpfler* aus der Erkenntnisarbeit des Geistes und aus Gruppeninitiativen. Die Überwindung der Herrschaft des Geldes ist also kein einmaliger Akt, durch den bestimmte Konstruktionsfehler im Geldwesen und Bodenrecht behoben werden, sondern ein unabsehbarer langer sozialer Prozeß, in dem wir uns selber läutern. In gewisser Hinsicht auch ein Übungsweg spiritueller Praxis.

Statt von einer Theorie, durch die auch neue Fragen schon vorweg beantwortet sind, ging der Autor von Alltagserfahrungen aus, um diese geistig zu durchdringen und aufzulichten. Für Geld kann man sich alle Güter kaufen und aus den entferntesten Teilen der Erde heranschaffen lassen. *„Eine durchaus globale Kraft haben wir also beinahe täglich zwischen den Fingern."* Sie packt uns über ihren Mangel und flößt uns sodann ein Gefühl der Ohnmacht ein. Der Geldwert ist durchaus nichts Festes, *„sondern reine Funktion"*, auf die wir keinen Einfluß haben. Geld in der Tasche gibt ein Gefühl der Freiheit, doch zwingt es uns in eine Knechtschaft, die durch ihre Anonymität verschleiert wird und daher schwer durchschaut werden kann.

Zu den schlimmen Erfahrungen gehört, *„daß die Konzerne uns wieder stehlen, was wir der Wirtschaft verdanken."* Doch auf riesige Konzerne laufen auch die zahllosen kleinen Schwächen des Menschen hinaus, die immer raffinierter ausgebeutet werden. Sie bewirken, was sonst durch keinen Zwang erreichbar wäre: daß sich die meisten *„ohne jeden weiteren Druck"* der Geldherrschaft beugen. Sich ihrem Bannkreis zu entziehen, dazu ist für *Kimpfler* ein sittlich-spiritueller Rückhalt nötig. Ohne ihn sei niemand dem Sog des Verdienens an den Schwächeren gewachsen.

Die Wirtschaftsform läßt sich nur über und gerade über das Geld ändern, indem wir es *„in gesündere Bahnen lenken"*. Beispielsweise von den Banken ein Mitspracherecht für die Verwendung unserer Sparguthaben verlangen. Die Guthaben sollten jedoch in ‚Gutmachen' umgewandelt werden.

Trotzdem bleibt die Frage offen, ob in herkömmlichen Formen überhaupt weiter gespart werden soll. Denn im allgemeinen fließt das angelegte Geld nicht dahin, wo es am meisten gebraucht wird, sondern wo der höchste Profit winkt. Anders bei Öko- und Gemeinschaftsbanken.

Kann das Geld wirklich *„vergeistigt"* werden? Ist es nicht selbst eine Erscheinung des menschlichen Geistes in materieller Form? Ein Ausweg scheint in einer Sozialisierung zu liegen, um es in den Dienst der Gemeinschaft und zum ‚Arbeitsdienst' zu zwingen. Doch dann spreche man nicht länger von Freiheit.

Kimpfler unterscheidet zwischen den schönen und den schweren Künsten. Zu den letzteren rechnet er den Umgang mit dem eigenen Schicksal und mit dem Geld. Jede Kunst will gelernt sein – selbst die größte Begabung entfaltet sich erst im handwerklichen Können.

Der Autor stellt eine Infarktsituation der Wirtschaft fest. Milliardensummen werden für Atomkraftwerke verschwendet, deren Endkosten den Voranschlag oft um das 20-25fache übersteigen.

Wahrlich, selbst ein Kind würde besser rechnen. Solche Verrechnungsfehler können kein Zufall sein. Zur Infarktsituation gehört auch, daß ganze Industriezweige zusammenbrechen, wenn die Nachfrage nach seinem bestimmten Produkt sich erschöpft. Das sind Symptome einer verschlissenen Kultur. *Kimpfler* spricht zunächst von ihrer *‚Befreiung'*; doch am Schluß von einer Neuen Kultur, die aus wahrhaft sozialen Beziehungen erwachsen wird. Der soziale Bereich liegt zwischen den Wirtschaftsprozessen, und Geld sollte eigentlich ein Mittel zum Aufbau der Neuen Kultur sein. Geht es also um die Befreiung des Geldes von seiner Verführungskraft und aus der Verfügungsmacht derer, die es mißbrauchen?

Kimpfler stößt eigentlich von selbst auf *Gesell,* wenn er feststellt, das Geld wolle eine größere Dauer haben als die ihm zugrundeliegenden Wirtschaftsprozesse, doch zieht er daraus andere Schlüsse. Obwohl von einem Anthroposophen geschrieben, ist dieses Buch kein anthroposophisches Buch, vielmehr zur Nutzanwendung für alle bestimmt. Und es lädt zur Mitarbeit ein, zur Mitarbeit beim Denken, Wollen und Tun.

Günter Bartsch

Klaus-Jürgen Kuss

Rechtliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Polen

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1991. 172 Seiten.

Polen befindet sich seit der Wende in einer äußerst schwierigen Lage. Auf dem Weg von der Plan- zur Marktwirtschaft folgte Finanzminister *Leszek Balcerowicz* den Ratschlägen des amerikanischen Beraters *Sachs,* die in Abstimmung mit dem IWF und der Weltbank auf eine knallharte Austerity-Politik hinausliefen. Zwar wurden auf diese Weise Haushaltsdefizite abgebaut und die Inflation von 2000 Prozent auf unter 100 Prozent heruntergedrückt. Aber die Schocktherapie der Chicago Boys führte auch zu einem drastischen Produktionsrückgang. 1990 sank das reale Bruttosozialprodukt um zwölf Prozent, 1991 nochmals um acht Prozent. Die Arbeitslosigkeit steigt höher und höher. Vielfach entstand die verständliche Frage, ob nicht eine behutsamere Systemtransformation möglich gewesen wäre.

Besonders nachteilig wirkte sich die Schocktherapie auf den privatwirtschaftlichen Sektor aus. Seine Ausweitung wird angestrebt, doch kommt die Privatisierung nur langsam voran. Die Staatsbetriebe arbeiten vielfach unrentabel. Sie können kaum Steuern entrichten und benötigen Subventionen, um überhaupt Löhne zahlen zu können. So entstehen neue Staatsdefizite, die mit Hilfe der Notenpresse ‚bezahlt' werden.

Die Inflation – sie betrug 1991 90 Prozent – schreckt ausländisches Kapital ab. Dennoch setzt die polnische Regierung alle ihre Hoffnungen auf ausländische Investoren, die sie mit der Erlaubnis anlocken will, alle in Polen gemachten Gewinne ins Ausland zu transferieren. Als Präsident *Lech Walesa* kürzlich Deutschland besuchte, wurde deutlich, wie das westliche Kapital in dieser schwierigen Lage seine Überlegenheit ausspielt: Investitionen werde es in Polen nur geben, wenn es auf lange Sicht ein Billiglohnland bleibe und wenn das Genehmigungsverfahren für Grundstückskäufe abgeschafft werde. Und Not bricht Stolz. *Lech Walesa,* der mithalf den kommunistischen Koloß zu stürzen, geht vor der Übermacht des westlichen Kapitals in die Knie; er signalisierte seine Absicht, die politischen Widerstände gegen die vom Kapital diktierten Bedingungen im Sejm, dem polnischen Parlament, auszuräumen.

Die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in Polen hat *Klaus-Jürgen Kuss* übersichtlich dargestellt. Anders als in der früheren

Sowjetunion war in Polen schon vor der Wende das private Eigentum an Grund und Boden weit verbreitet. Nur ca. 20 Prozent des Bodens befinden sich dort im Eigentum der öffentlichen Hand. Erfreulicherweise enthält das polnische Zivilgesetzbuch in den Artikeln 232-243 das Recht des sogenannten *„ewigen Nießbrauchs"*, worin Aspekte der Erbpacht und des Erbbaurechs vereinigt sind. Demnach können natürliche Personen, Wohnungsbaugesellschaften und andere juristische Personen für eine jährliche Nutzungsgebühr einen *„ewigen Nießbrauch"* an solchen Grundstücken bestellen, die sich im staatlichen Eigentum befinden bzw. – so ist hinzuzufügen – die sich *noch* in der Hand des Staates befinden. Der Sejm hat nämlich schon im September 1990 das Grundstücksverkehrsgesetz dahingehend novelliert, daß die dem Fiskus oder den Gemeinden gehörenden Grundstücke jetzt auch an Ausländer verkauft werden dürfen. Man kann nur hoffen, daß diese Fehlentscheidung korrigiert wird und daß vor allem die größeren Städte noch weitere Flächen kommunalisieren, bevor die große Spekulation beginnt.

Die polnischen Erwartungen an Auslandsinvestitionen sind zu hoch gesteckt. Unterschätzt wird dabei die Gefahr, daß das westliche Kapital die mittel- und osteuropäischen Länder ähnlich kolonialisieren könnte wie die Länder der Dritten Welt. Wie soll sich Polen auf die Dauer entwickeln können, wenn die Gewinne ins Ausland abfließen und die einheimischen Einkommen niedrig bleiben? Statt die vom Kommunismus befreiten Länder an den Tropf westlichen Kapitals zu hängen, sollten ihre maßgebenden Kräfte sich auf ein Nachdenken darüber konzentrieren, wie die Bildung inländischen Kapitals gefördert werden kann. Für die Zukunft Polens und der anderen Reformstaaten ist die Bildung eines breiten gewerblichen Mittelstandes wichtig, der dem auch weiterhin noch brüchigen Sozialgefüge einen Halt geben könnte. Einige äußere Rahmenbedingungen sind dafür inzwischen institutionalisiert: Gewerbefreiheit, zweistufiges Bankensystem, freie Preisbildung und liberalisierter Außenhandel. Einer Regulierung und Verstetigung bedarf noch der Geldkreislauf, damit die Inflationsrate und das Zinsniveau absinken, ohne daß es zu noch mehr Arbeitslosigkeit kommt.

Werner Onken

Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. (CGW)
Unabhängige und gemeinnützige Gruppe
für Forschung und Erwachsenenbildung

laden ein zur

JAHRESTAGUNG '93

„Mit gerechter Wirtschaftsordnung gegen Gefahren von rechts"

vom 21. bis 23. Mai 1993 in Wuppertal
Silvio-Gesell-Heim, Schanzenweg 86
(preiswerte Unterkunft und Verpflegung)

Die Tagung bietet Grundlagen, Vertiefung, praktische Anregungen und Kontakte durch

Werkstatt- und Erfahrungsberichte aus Forschung, Publikation, Bildungsarbeit und Gesprächen,

Arbeitsgruppen zur Geld- und Bodenordnung, Europa, Verschuldung und Arbeitslosigkeit
mit F. Andres, H. Creutz, R. Geitmann, W. Heiser, D. Löhr, R. Mehl, W. Onken, W. Rosenberger, M. Wünstel u. a.

Podiumsgespräch: „Wie begegnen wir der Gefahr von rechts?"

Ausführliches Programm mit Anmeldeabschnitt bitte anfordern bei:
CGW, M.-Bucer-Str. 6, W-7640 Kehl,
Tel. 07851/72137 (Geitmann)

Die Autoren der Beiträge:

Günter Bartsch
Neuweg 13, W-6580 Idar-Oberstein

Helmut Creutz
Monheimsallee 99, W-5100 Aachen

Matina Hämmerli und *Bruno Jehle*
Wepfi, CH-5728 Gontenschwil

Prof. Dr. *Johannes Jenetzky*
Schwalbenstr. 2, W-7137 Sternenfels 2

Ekkehard Lindner
Behrensener Str. 18, W-3413 Moringen 4

Georg Otto
Am Gänseberg, W-3226 Eberholzen